3
18

BlickPunkt

das Medienmagazin des Deutschen Journalisten-Verbandes Baden-Württemberg

SCHMÄHUNG DROHUNG PSYCHOTERROR

Angriffe auf Journalist*innen in Baden-Württemberg

Seite 6

Weichenstellungen beim 17. Gewerkschaftstag Seite 10

Interview mit der Landes-Behindertenbeauftragten Seite 18

Oktober 2018 · 33. Jahrgang · ISSN 0946-9303 · E 11168 F

DJV MITGLIEDERSERVICE

SCHON BESTELLT?

DAS DJV-HANDBUCH FÜR FREIE!

BESTELLEN?
www.shop.djv.de

DJV-HANDBUCH FÜR FREIE

Der unverzichtbare Berufsratgeber für freie Journalistinnen und Journalisten!

Auf 600 Seiten erfahren Sie alles, was freie Journalisten rund um den Beruf wissen müssen: Marktchancen, Marketing, Urheberrecht, Verhandlungstechnik, Steuern, soziale Absicherung, Versicherungen, Auslandstätigkeit, Arbeitsmittel, Technik.

Für Bestellungen und weitere Informationen: www.shop.djv.de | E-Mail: vus@djv.de | Fax: 0228/ 24 15 98

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es gibt viele Alternativen zu google, die meisten Kolleginnen und Kollegen haben andere Suchmaschinen installiert, aber wenn's mal schnell gehen muss, fallen als erstes die guten Vorsätze. Blöd. So blöd waren auch wir, als wir schnell eine Umfrage für unsere Titelgeschichte aufgesetzt haben und uns bequem der Datenkrake google bedient haben, um die Fragen zu versenden und die Antworten zu verwalten.

Trotzdem haben uns sehr viele Antworten erreicht und manche trudeln auch noch während des Redaktionsschlusses ein und wir danken allen, die großzügig mit unserer Google-Schwäche umgegangen sind. Wir geloben Besserung, und hoffen dabei auch auf das Konzept von Tim Berners Lee, dem „Erfinder des Internets", der jetzt die Plattform „Solid" entworfen hat. Grundidee dieser Technik für diverse Online-Dienste: Jeder Nutzer darf entscheiden, wo seine Daten gespeichert werden und wer Zugang dazu hat.

In diesem Magazin lesen Sie außerdem über den Streik der Freien bei der Eßlinger Zeitung, ein Interview mit der Landes-Behindertenbeauftragten und einen Bericht über die Fortführung des Gewerkschaftstags und noch mehr.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen Ihre Blickpunkt-Redaktion.

EDITORIAL

Das große Vertrauen Seite 5

TOPTHEMA

Schmähung, Drohung, Psychoterror
Angriffe auf Journalist*innen in Baden-Württemberg Seite 6

VERBAND

Weichenstellungen für die Zukunft
17. ordentlicher Gewerkschaftstag Seite 10

Fachausschuss Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mobilisierung nach englischem Rezept Seite 13

Ankündigung: Erstes Medien|Zukunft|Festival
am 13. Oktober in Heidelberg Seite 13

Fachausschuss Chancengleichheit
konstituiert Seite 13

Pressefreiheit und Journalismus im Exil
Brief an die Redaktion Seite 14

Solidarität zahlt sich aus
Streik der Freien bei der Eßlinger Zeitung Seite 15

Fachausschuss Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
DSGVO –ein Prozess, der gelebt werden muss Seite 16

Leserbrief
Reaktion auf unsere Online-Umfrage Seite 17

Langfristig hoffe ich auf den demografischen Wandel
Interview mit der Landes-Behindertenbeauftragten Seite 18

Es geht um unser Geld: DJV fordert vom SWR
angemessene Online-Honorare Seite 19

Ankündigung KV Heilbronn
Exklusiv Einblicke in die BuGa für DJV Mitglieder Seite 20

KV Offenburg/Ortenau
Lauer Sommerabend auf der Landesgartenschau Seite 21

Ankündigung KV Hochrhein und KV Freiburg
Workshop Versicherungen u. Altersvorsorge Seite 22

Goodbye & Welcome
Personalwechsel in der Geschäftsstelle Seite 22

MEDIENNACHRICHTEN Seite 23

KULTURTIPP

Motion & Emotion
Bühnenfotografie aus sechs Jahrzehnten Seite 24

Journalisten-Akademie Seminare Seite 25

Wir gratulieren /Impressum Seite 27

DER FELS IN DER BRANDUNG.

DIE WÜRTTEMBERGISCHE VERSICHERUNG.

Initiative für Gesundheit & Pflege.
Jetzt aktiv werden und absichern!

Gesund und unabhängig zu bleiben, wünschen sich alle unsere Kunden. Wenn es aber doch einmal anders kommt, ist „der Fels in Brandung“ da. Wir helfen Ihnen auf bestmöglichem Wege gesund zu werden und schützen Sie und Ihre Familie vor den finanziellen Folgen im Pflegefall. Verlässlich und ohne Wenn und Aber!

Mehr Informationen bei Ihrem Versicherungspartner vor Ort oder unter www.wuerttembergische.de

W&W **württembergische**

Der Fels in der Brandung.

Das große Vertrauen

Das Vertrauen von Journalisten in den Rechtstaat hat gelitten. Die Gewalt gegen Journalisten nimmt zu, doch von der Polizei werden wir bei der Ausübung unseres Berufs oft nicht geschützt, stehen bei Angriffen von Demonstranten schutzlos da oder werden gar von der Polizei bei unserer Arbeit behindert. Der Presserat unterstrich unlängst die Forderung an die Politik, die Ausübung journalistischer Arbeit als verfassungsmäßige Aufgabe auch praktisch zu gewährleisten. Selbst der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Holger Stahlknecht, betonte bei einer Plenumssitzung des Presserats: „Die Pressefreiheit gilt immer und überall." In der Praxis leider nicht immer. Der DJV ist sowohl auf den Landespolizeipräsidenten wie auf den Landesinnenminister mit dem Angebot zugegangen, die polizeiliche Aus- und Weiterbildung im Sinne des Presserechts durch die Journalisten-Akademie zu unterstützen. Wenigstens eine freundliche Absage hätte man erwarten dürfen, stattdessen Schweigen.

Die Blickpunkt-Redaktion war erstaunt, wie viele Kolleginnen und Kollegen auf unsere Online-Umfrage von tätlichen oder verbalen Angriffen in Zusammenhang mit ihrer Arbeit berichteten. Nachzulesen in der Titelgeschichte. Auch Mathias Döpfner, der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), sagte beim diesjährigen Zeitungskongress in Berlin, „Journalisten müssen bei ihrer Arbeit in Sicherheit sein".

„Willkommen in der Zukunft" war der BDZV-Kongress überschrieben. Mein erster Gedanke war: In was für einer? Und welche Themen wurden beim Zeitungskongress herausgehoben, die eine Wegweisung für Journalisten sein könnten? Immerhin scheint es mittlerweile einen Burgfrieden zwischen Verlegern und den Öffentlich-Rechtlichen in Bezug auf die Presseähnlichkeit öffentlich-rechtlicher Onlineangebote zu geben. Der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm, Gast beim Verlegerkongress, wiederholte sein Angebot, mit privaten Verlagen an einer gemeinsamen Plattform zu arbeiten, als Alternative zur Nutzung von Facebook oder Google, eine Art europäisches YouTube also.

Auch politische Schützenhilfe bekamen die Verleger. Wirtschaftsminister Peter Altmaier sicherte auf dem Kongress 46 Mio. Euro jährlich zu, um die Verleger vom Arbeitgeberanteil bei Minijob-Renten für Zeitungszusteller*innen zu entlasten. Ebenso sicherte der Minister weitere Unterstützung beim Thema europäisches Leistungsschutzrecht zu. Erstaunlich, wie eine Schimäre, die bereits in Deutschland keine Erfolge verzeichnet, auch auf europäischer Ebene weiter forciert wird.

Vielleicht war es einfach die falsche Veranstaltung, um endlich Konzepte gegen das Schrumpfen von Redaktionen zu erwarten. Der Gewerkschaftstag in Stuttgart hat klare Forderungen an die Landes- und die Bundespolitik gestellt und in der Stuttgarter Erklärung zur Zukunft der Medien manifestiert. Dazu gehören die Themen Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge, die Wiedereinsetzung und Anpassung von Vergütungsregeln ebenso wie ein Verbandsklagerecht, ein besserer Schutz von Informanten und stärkere Urheberrechte. Wir sollten wohl nicht darauf vertrauen, dass die Zusagen in den Koalitionsverträgen der Bundes- wie der Landesregierung zu Medienvielfalt und Tarifbindung eingehalten werden. Wir müssen darauf nachdrücklich bestehen.

Vertrauen brauchen wir auch, dass, wenn Ihnen diese Blickpunkt-Ausgabe vorliegt, der mit der Südwestpresse in Ulm ausgehandelte Altersteilzeittarifvertrag unterzeichnet ist. Und darauf, dass der Stellenabbau wie zugesagt sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen abläuft. Aber wo Schickler wütete, kann man sich nie sicher sein.

Ich vertraue Ihrer kritischen Vernunft

Dagmar Lange
DJV-Landesvorsitzende
Baden-Württemberg

SCHMÄHUNG DROHUNG PSYCHOTERROR

Angriffe auf Journalist*innen in Baden-Württemberg

Ein Mitarbeiter der Heilbronner Stimme soll über eine AfD-Veranstaltung berichten. In seiner Zeitung steht am folgenden Tag: „Während draußen noch Trillerpfeifen schrillen, erntet der Stimme-Redakteur im Saal von vielen der rund 250 Zuschauer Buh-Rufe. AfD-Kandidatin Franziska Gminder vom Kreisverband Heilbronn hatte ihn aufgefordert, sich zu erkennen zu geben. Rufe wie „linke Piss-Sau“ werden laut. Andere mahnen zur Toleranz. Die Stimmen der Redner sind sanft, doch den Angriffen gegen „die Kartellparteien“, „Linke“, „Lehrer“, „die Asyl-Industrie“, „Flüchtlinge“, gegen die „Lügen- und Lückenpresse“, gegen „68er“ mangelt es nicht an Schärfe.“

So weit ein typisches Beispiel, wie die Einschüchterung von Journalist*innen betrieben wird. In Heilbronn hat sich die AfD auf die Heilbronner Stimme eingeschossen, im Bundestagswahlkampf bringen sie ihr eigenes, 24-seitiges Magazin „Alternative Heilbronner Nachrichten“ heraus und verteilen es in großer Auflage an alle Haushalte. Die beiden Redakteure Christian Gleichauf und Reto Bosch finden darin zahlreiche Fehler und veröffentlichen ihre Ergebnisse in der Heilbronner Stimme, keine 24 Stunden später erscheint gellender Protest online, legt außerdem die AfD Beschwerde beim Presserat ein. Nach ausführlicher Prüfung wird dieser später entscheiden, dass der Artikel der Stimme-Redakteure bis auf ein einzelnes Detail korrekt gewesen sei. Der AfD ist das egal. Sie versuchen, ihre Niederlage als Triumph darzustellen und schmähen weiterhin lauthals die Tageszeitung.

Vor Ort erlebt die Redaktion dabei das janusköpfige Personal der AfD: Da ist zum Einen der freundliche Empfang auf der Wahlparty nach der Bundestagswahl, doch dann kommen wieder wüste Beschimpfungen auf der Facebook-Seite der Heilbronner AfD, doch dann auch wieder die Versicherung des Kreistagsabgeordneten, er selber würde niemals so agieren.

Distanzierung von den Kettenhunden gehört bei der AfD bekanntermaßen zum Alltagsgeschäft und so schreiben auch die Heilbronner AfDler in ihrem AfD-Parteiblatt: „Spinner und Personen, die extreme Positionen vertreten, (...) sprechen und repräsentieren nicht die Partei“.

Solche Spinner müssen dann aber doch ihren Platz in der AfD haben, wie sonst hätten sie unwidersprochen im Facebook-Auftritt der Heilbronner AfD die Redakteure als „Fake-News-Clowns“ und „Schmierfinken“ verunglimpfen können, verbunden mit der Veröffentlichung des Porträts eines der Redakteure.

Drohungen am Telefon

„Anfeindungen betreffen ganz konkret unsere Arbeit“, berichtet Christoph Ebner, der im SWR-Studio Freiburg die Radio- und Online-Redaktion verantwortet. Auf Artikel, die zum Beispiel auf Flüchtlingsthemen eingehen oder auf Gewalttaten, die durch Ausländer verübt wurden, kommen immer wieder rassistische und justiziable Kommentare, die sie entsprechend ihrer internen Regelungen und aus presserechtlicher Verantwortung nicht freischalten. Auch persönliche Anfeindungen sind schon vorgekommen. „Mir hat am Telefon auch schon jemand gesagt: „Dich werden wir auch noch vergasen“. Anonym versteht sich. Das ist schon einige Zeit her – habe ich aber nie vergessen.“

Harmloser sind Vorwürfe, man bekäme jeden Morgen einen Anruf von Bundeskanzlerin Merkel, die dem „Reichsrundfunk“ vorschreibe, was er zu berichten habe. „Ich wusste immer, dass man sich mit dem Beruf des Journalisten nicht beliebt macht, aber dass man sich solchen Anfeindungen aussetzen würde, war mir nicht bewusst“, sagt Ebner. Inhalte und falsche Darstellungen würden jetzt so massenhaft geteilt, auch ganz einfach mit Hilfe von bezahlten Trollen, so dass seiner Erfahrung nach mehr und mehr Kollegen überlegen, Facebook zu verlassen. Dem spräche entgegen, dass Journalisten wissen müssten, was im Netz passiert und es dort auch nützliche Informationen gebe, denen man nachgehen könne und konstruktive Hinweise und Debatten.

Gut vernetzte Trolle

Bedrohlich ist es, wenn sich eine kleine Regionalzeitung im Schwäbischen wegen einer Glosse plötzlich mit einem gewaltigen bundesweiten Shitstorm konfrontiert

sieht und dabei feststellen muss, dass eine Vielzahl der Kommentatoren aus dem gesamten Bundesgebiet kommen: Sie waren über Social Bots zum Thema vernetzt und so wurde das gesamte Netzwerk auf die Seite aufmerksam gemacht. Wie viele davon echte Profile sind, lässt sich nicht feststellen.

Echte Menschen aber sind es gewesen, die am Abend wiederholt die Telefonnummer der Redaktion, dann auch den Privatanschluss einer einzelnen Journalistin angewählt haben, um diese zu beschimpfen. Nach einer Weile nimmt diese keine Anrufe mehr an, wenn ihr die Telefonnummer nicht bekannt ist. Sie verbringt das Wochenende damit, jeden einzelnen der verdächtigen Bewerter zu sperren (diese hatten vorher die Seite geliked, um kommentieren zu können und wurden dann von ihr „entliked"). Daraufhin stürzen sich die Trolle auf die Bewertung des Facebook-Profils der Zeitung insgesamt und drücken deren Punktzahl von äußerst positiven 4,5 auf wirklich mangelhafte 2,3. Die Zeitung wendet sich an Facebook, aber Facebook sieht sich außerstande einzugreifen. Für eine kleine Zeitung, die sich als Forum für eine ganze Region versteht, ist das eine existenzbedrohende Situation, daher möchte die Redaktion in diesem Text auch nicht erkennbar sein.

Unsportlich in der Sportredaktion

Nicht nur Fußballfans im Südwesten können sich vorstellen, welcher Empfang SWR-Sportmoderator Jens Wolters beschert wird, wenn er mit seinem Stuttgarter Autokennzeichen im Umfeld des Karlsruher SC auftaucht. So weit, so bekannt: Die Feindschaft zwischen dem Karlsruher SC und dem Stuttgarter VfB ist legendär und gänzlich unsportlich und hat schon vor Jahren dazu geführt, dass seinem Auto Steine nachgeworfen wurden. Inzwischen gibt es jedoch immer häufiger Beschimpfungen wie „Lügenpresse", die verbalen Angriffe landen nun auch in der Redaktion, Programm und Journalisten werden regelmäßig beschimpft, dazu kommen Mails und Sprachnachrichten mit Inhalten wie etwa: „Ihr werdet alle verrecken und eure Kinder mit".

Wolters liest alles, vieles beantwortet er und manche dieser Geiferer wundern sich, dass eine Reaktion kommt und schreiben, dass sie gar nicht wussten, dass ihr Beitrag gelesen würde. Wolters antwortet, trotz-

Die allermeisten Übergriffe auf Journalisten in den vergangenen beiden Jahren waren laut einer Studie politisch rechts motiviert. Hier: Demonstranten der rechten Szene Ende August in Chemnitz. (Foto: dpa)

dem; Und er liebt seinen Beruf, trotzdem – trotz der Veränderungen, die Nerven kosten, wie zum Beispiel bei den Fan-Umfragen: „Früher sind Fußball-Fans dem SWR Mikrofon einfach aus dem Weg gegangen, wenn sie nichts sagen wollten, heute fühlt sich jeder zweite bemüßigt, etwas rein zu pöbeln."

In Telefonaten und E-Mails erfährt die Blickpunkt-Redaktion von vielen weiteren Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten, wenn zum Beispiel eine SWR-Reporterin auf einer KaGiDa-Demo in Karlsruhe von rhythmischen Lügenpresse-Rufen begleitet wird, zwei Redakteurinnen bei einer Veranstaltungen mit Höcke so angebrüllt werden, dass sie nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen können oder hasserfüllte Schreie „Verpisst euch" den Kameraleuten entgegenschallen, die sich einer Demonstration nähern.

Journalisten und Polizei

Wer sich diesen Pöbeleien aussetzt, muss nicht nur ein dickes Fell mitbringen. Joachim Abel vom Filstalexpress aus Göppingen trifft bei solchen Aufgaben außerdem umfangreiche und zeitaufwendige Vorkehrungen: Er ist ein bis zwei Stunden vorher vor Ort und stimmt sich mit der Polizei ab. Für diese ist er im weiteren Verlauf gut erkennbar: Abel ist groß gewachsen und trägt immer eine leuchtend gelbe Warnweste mit der Aufschrift „Presse".

Doch so viel Zeit ist im Alltag nicht immer. Und es müsste auch trotzdem funktionieren. Journalisten haben bei der Ausübung ihres Berufs grundsätzlich einen Anspruch auf Schutz durch die Polizei. Auf einer Plenumssitzung des Presserats am 19.09.2018 sagte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Holger Stahlknecht: „Die Pressefreiheit gilt immer und überall. Die Polizei sollte Journalisten, wenn es die Lage erforderlich macht, bei Ausübung ihres Berufs schützen, denn ihre Arbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie."

Der Presserat unterstrich jüngst die Forderung an die Politik, die Ausübung journalistischer Arbeit als verfassungsmäßige Aufgabe auch praktisch zu gewährleisten. „Es ist unerträglich, dass immer mehr Journalisten ihr verbrieftes Recht auf Pressefreiheit nur unter Hinzuziehung privater Personenschützer ausüben können", so der Sprecher des Presserats Volker Stennei.

Keine Fisimatenten

Dieses verbriefte Recht auf Pressefreiheit darf aber auch nicht durch Fisimatenten hintertrieben werden: Kolleg*innen berichten von Polizisten, die versuchen, Veranstaltungsorte rechter Gruppierungen gegen die Presse abzuschirmen. An der Sperre reden sie sich heraus, der Zutritt für die Presse müsse erst mit dem Einsatzleiter abgesprochen werden. Ist der Einsatzleiter dann endlich da, muss der Pressezutritt noch mit dem Presseverantwortlichen abgesprochen werden und derweil läuft die Veranstaltung, ohne dass die Medien darüber berichten können.

Man weiß leider zu genau, wie die Anwesenheit von Journalist/innen auf einer rechten Veranstaltung für die Polizei beschwerliche Zusatzarbeit bedeutet: Sind Journalisten dabei, wird häufig die Gemengelage unübersichtlich, werden diese von den Ordnern vom Geschehen abgeschirmt, zur Seite gedrängt, an der Arbeit gehindert. Die Polizisten hören die Buhrufe, die Lügenpresse-Schreie, die Aufforderung „sich zu verpissen" und sie sehen die Stinkefinger und die drohend erhobenen Fäuste, müssen scharf beobachten, ob jemand eingekesselt wird. Ohne Zweifel erhöht das den Stresslevel bei der Arbeit. Doch das kann nicht als Vorwand genutzt werden, die Berichterstattung zu verhindern. Bei unseren Gesprächen konnten wir keinen Kollegen ausfindig machen, der gerne auf rechte Demonstrationen geht. Trotzdem ist auch das eine Aufgabe der freien Presse, und dabei muss sie unterstützt werden.

Der Stuttgarter Polizeipräsident, Frank Lutz, hat in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung erklärt: „Der Umgang mit Medien steht auf unserer Liste für eine intensive Fortbildung." Der DJV-Landesverband Baden-Württemberg hat daher sowohl dem baden-württembergischen Polizeipräsidenten Gerhard Klotter als auch dem zuständigen Innenminister Thomas Strobl angeboten, gemeinsam mit der Journalisten-Akademie die polizeiliche Aus- und Weiterbildung bezüglich des Presserechts zu unterstützen.

Gewalt gegen Journalisten nimmt zu

Der aktuelle Report des European Centre for Press & Media Freedom (ECPMF) kommt zu einem düsteren Schluss: Die Gewalt gegen Journalisten nimmt 2018 zum ersten Mal seit 2015 wieder zu. Die Studie des ECPMF identifiziert dafür eindeutige Gründe. 2015 und 2018 gab es mehr Demonstrationen und Aufmärsche des rechten Spektrums als in den Jahren dazwischen. Die These: Dort, wo Rechte marschieren, werden Journalisten ange-

griffen. Die Daten bestätigen das, nur zwei von 27 Übergriffen in den vergangenen beiden Jahren waren laut ECPMF politisch links motiviert.

Aufgaben des Journalismus sind vielen ein Rätsel

Doch auch Attacken durch Bürgerinitiativen wie Windkraftgegner oder Gegner der Krankenhausreform erleben die Kolleg*innen. Viele haben den Eindruck, dass zunehmend ganz normale Menschen, die sich in einer Bürgerinitiative organisieren und politisch etwas verhindern wollen, mit immer radikaleren Methoden vorgehen, dass sie andere Meinungen nicht akzeptieren und sich rationalen und wissenschaftlichen Argumenten verschließen und von der Presse nur eines erwarten: Dass diese ihre Position vertrete.

Viele wissen nicht, was der Beruf der Journalist*innen eigentlich bedeutet, nämlich Informationen zu sammeln, zu bewerten und zu verifizieren, um diese dann Bürgerinnen und Bürgern so zur Verfügung zu stellen, dass sie begründete Entscheidungen treffen können – sei es zu einer Windkraftanlage, zu Stuttgart-21 oder zu Migration und Integration.

Manche jener, die ihre Meinung irgendwo bei Facebook posten, glauben aber, dass auch Journalist*innen nur ihre private Meinung aufschreiben, aber ungerechterweise dafür auch noch bezahlt und dann auch noch gedruckt oder gesendet werden.

Es gibt auch Lichtblicke

Auch wenn die anonymen Kommentaroptionen (und die Möglichkeit der Rufnummernunterdrückung beim Telefon) das Niveau der „Leserbriefe“ erheblich gesenkt, das Drohpotenzial dafür extrem erhöht haben, wird doch ein Großteil der Konflikte noch auf gepflegterer Art und Weise abgehandelt. Im Alltagsgeschäft renkt sich das Verhältnis zueinander meist irgendwann wieder ein, weil man sich kennt und sich immer wieder begegnet.

Und auch nicht alle Nörgler und Pöbler darf man gleich verloren geben, es gibt auch Lichtblicke. Der SWR-Journalist Christoph Ebner beschreibt gute Erfahrungen mit dem Hörertag: „Ich habe immer wieder den Eindruck, dass viele den Journalistenberuf nur aus Fernsehkrimis kennen. Aber wie mühsam, langwierig, aufwändig und manchmal auch unaufgeregt unsere Arbeit ist, das können die Menschen nur erfahren, wenn wir es besser zeigen. Wir haben im SWR-Studio Freiburg einen Hörertag veranstaltet, um aufzuzeigen, wie wir arbeiten, wie wir auf Themen kommen, sie diskutieren, recherchieren und umsetzen. Wir haben Hörerinnen und Hörer einen Tag mitarbeiten lassen. Sie haben dabei gemerkt, wie schwierig es ist, zum Beispiel O-Töne einzuholen und wie aufwendig es ist, eine Nachricht auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen – bis wir die Nachricht dann auch bringen können.

„Wir sind noch viel zu wenig transparent, was die Dokumentation unserer Arbeit anbelangt“, sagt auch der freie Journalist Peter Welchering. Gerade die öffentlich-rechtlichen hätten die Aufgabe zu erläutern, wie sie zu einer Geschichte gekommen sind und er fügt an: „Wenn wir zum Beispiel eine datenbasierte Untersuchung veröffentlichen, sollten wir zusätzlich noch die Messdaten und die Messmethoden veröffentlichen.“

Wir setzen zu viel voraus und müssen in Zukunft unsere Arbeit besser erklären. Nicht alle Medienkritiker glauben an Verschwörungstheorien, viele sind weiterhin über Fakten und Argumente erreichbar, doch je länger sie in ihrer Blase bleiben um so wichtiger, aber auch schwieriger wird es, sie dort wieder heraus zu holen. Wir brauchen daher hurtig mehr und bessere Medienbildung, für Kinder und für Erwachsene.

Susann Mathis

ONLINE-UMFRAGE

Nach den Angriffen auf die Journalistinnen und Journalisten in Chemnitz haben wir eine nicht-repräsentative, kollegiale Online-Umfrage durchgeführt, um zu erfahren, inwieweit auch in Baden-Württemberg Angriffe und Beschimpfungen von rechtspopulistischen Organisationen und von Bürgern zum Alltag gehören. Innerhalb weniger Stunden hatten sich über 100 Kolleg*innen beteiligt. Etwa die Hälfte der Teilnehmer*innen hat eine Kontaktadresse hinterlassen, um uns Rückfragen zu ermöglichen. Das zeigt, welch großer Bedarf existiert, sich über die Arbeitsbedingungen auseinanderzusetzen.

Es wurde angemerkt, dass wir nur nach Gewalt von rechts gefragt hatten. Dieser Einwand ist grundsätzlich berechtigt, doch die Ausrichtung unserer kleinen Umfrage war den aktuellen Vorkommnissen geschuldet. Dennoch bedeutet unsere Umfrage nicht, dass wir grundsätzlich die Gewalt von links unter den Tisch kehren wollen.

Weil wir Journalistinnen und Journalisten sind, wissen wir, wie viel Wahrheit in einer Umfrage (nicht) steckt. Die nackten Zahlen wollen wir Ihnen dennoch nicht vorenthalten:
Etwa einem Viertel der 110 Personen, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, wird täglich oder wöchentlich vorgeworfen, sie oder ihre Redaktion seien Teil der so genannten „Systempresse“ und würden nicht wahrheitsgemäß berichten. 16 unter ihnen müssen regelmäßig über rechtspopulistische Aktivitäten in ihrem Erscheinungs- oder Sendegebiet berichten. Fünf geben an, dass man schon mal versucht hat, sie von der Arbeit abzuhalten, indem man die Polizei hinzugezogen hat.

41 Personen gaben an, dass sie oder ein Kollege / eine Kollegin schon einmal verbal angegriffen wurde. Beispiele, die aufgeführt werden benennen quasi alle bekannten rechten Gruppierungen wie etwa die Identitäre, Karlsruher Demo "KaGiDa", AfD, NPD und Reichsbürger, darüber hinaus aber auch Stuttgart-21-Gegner oder Amtsvertreter, die wütend ins Telefon brüllen. Mehr als 20 Kolleg*innen wurden sogar schon einmal während der Arbeit bedroht. Beispiele aus den Gesprächen werden in diesem Artikel zitiert. Einige davon möchten anonym bleiben. Alle zitierten anonymen Berichte kommen von Kolleg*innen, die der Redaktion bekannt sind. Andere anonym eingesendete Kommentare wurden im Artikel nicht berücksichtigt.

WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT BEIM 17. GEWERKSCHAFTSTAG

Blick ins Plenum beim 17. ordentlichen Gewerkschaftstag am 15. September 2018. Alle Fotos: Stefan Bau

Im Juni 2018 wurde der 16. ordentliche Gewerkschaftstag in Karlsruhe nach der überraschenden Nachricht vom Tod des Geschäftsführers Dieter Hekenberger vorzeitig abgebrochen. Somit waren die meisten Anträge liegen geblieben, die nun auf dem reinen Arbeits-Gewerkschaftstag am 15. September diskutiert und abgestimmt werden mussten. Die Delegierten trafen sich dazu in der zentral gelegenen Stuttgarter Sparkassenakademie.

Brandgefährlichen Tendenzen massiv entgegenstellen

In ihrer Begrüßung gibt die erste Landesvorsitzende Dagmar Lange zu bedenken, dass wir scheinbar an dem Punkt angekommen sind, wo Fakten nicht mehr zählen. „Einfach weil behauptet wird, dass die Welt eine Scheibe ist. Und weil es in den sozialen Medien hunderte Verweise darauf gibt, dass die Welt eine Scheibe ist. Und auf diese Posts wiederum gibt es tausende Likes, die wiederum zehntausende zitieren und so weiter und so fort. Nennt mich altbacken, aber ich bin überzeugt, dass der Hass gegenüber ganzen Ethnien und der Presse sich gerade wegen Facebook, YouTube & Co. so stark ausbreiten konnte."

Journalistinnen und Journalisten müssten sich dieser brandgefährlichen Tendenzen massiv entgegenstellen, fuhr sie fort. Sie müssten extrem wachsam sein, welche Wortwahl, welche angebliche Nachricht sie weiterverbreiteten. Und es wäre verdammt noch mal auch die ehrbarste und wichtigste Aufgabe der Verleger, uns dabei besser zu unterstützen. Vor allem durch eine bessere personelle Ausstattung in den Redaktionen. Bundesweit sei das Gegenteil der Fall."

Schatzmeister Christoph Holbein und die 3. Landesvorsitzende Christine Bilger

Eindringlich warnte sie davor, sich der Resignation hinzugeben. Des Journalismus hehrste Aufgabe sei es, Fakten zu ver-

Claudia Rindt, Vorsitzende des Kreisverbands Konstanz

breiten, sie in einen Kontext zu stellen oder scheinbare Fakten zu entlarven, „die Sehnsucht nach überprüften Nachrichten und deren Einordnung ist groß".

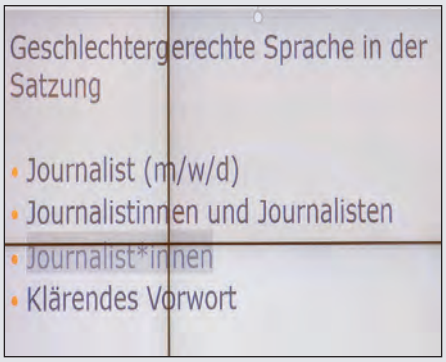
Bei den Anträgen und den dazugehörigen Debatten hat der Landesgewerkschaftstag im September Entscheidungen zu einer Vielzahl unterschiedlicher Themen getroffen. An erster Stelle steht der Leitantrag, mit dem sich der Deutsche Journalistenverband Baden-Württemberg den aktuellen Herausforderungen in der Medienbranche widmet. Dazu gehören die große Sorge aufgrund des Rückgangs der Medienvielfalt, das Schrumpfen von Redaktionen bei Tageszeitungen, Zeitschriften und im Rundfunk; ebenso besorgniserregend sind die Tendenzen, Gehalts- und Honorartarifverhandlungen durch Tarifflucht zu unterlaufen. Der

Markus Pfalzgraf, Beisitzer im Vorstand

Landesverband kreidet die Lippenbekenntnisse zur Medienvielfalt an, denen in der Landespolitik keine konkreten Beschlüsse folgen.

Stuttgarter Erklärung zur Zukunft der Medien

Einstimmig verabschiedet wurde der Leitantrag „Stuttgarter Erklärung zur Zukunft der Medien". Darin wird die Landesregierung aufgefordert, ihr im Koalitionsvertrag dargelegtes **Bekenntnis zur Medienvielfalt** mit Taten zu untermauern, um die disruptiven Entwicklungen im Medienbereich einzudämmen. Dazu gehört, dass politische Antworten zu den Themen Influencer Marketing, Datenjournalismus und künstliche Intelligenz (Automatisierung des Journalismus) gefunden werden.



Wer die Wahl hat, hat die Qual

Außerdem soll sich die Landesregierung in Bund und europaweit dafür stark machen, dass die einseitig von Verlegerseite aufgekündigten **Vergütungsregeln** wiedereingesetzt werden. Sie soll sich für ein **Verbandsklagerecht** einsetzen, damit das Risiko einer Klage nicht wie derzeit beim jeweils Klagenden liegt, der damit allein die wirtschaftlichen Folgen zu tragen hat. Ferner soll sie sich stärker für das **Medienprivileg** einsetzen, um den Schutz von Informanten durch die Vorratsdatenspeicherung nicht weiter auszuhöhlen. Und sie soll sich national wie europaweit für eine Stärkung der **Rechte der Urheber** gegenüber den Verlegerrechten einsetzen.

Im Leitantrag wird zudem die Bundesregierung aufgefordert, eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach **§5 Tarifvertragsgesetz** abzugeben, damit die Rechtsnormen eines Tarifvertrages auch für nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten.

Steffen Eigner, Beisitzer im Vorstand

In der Begründung heißt es, dass es kartellrechtlich anscheinend keine Einwände gibt, wenn die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH) immer mehr Lokalzeitungen aufkauft oder wenn Verlagshäuser konkurrenzlose Verbreitungsgebiete schaffen, dass jedoch, wenn es um die Vergütungsregeln für freie Journalisten geht, sich sogar das Bundeskartellamt drückt und auf die europäische Rechtsprechung verweist. Dadurch entsteht ein rechtliches Ungleichgewicht. Klagen gegen die Nichteinhaltung von Vergütungsregeln werden nur individualrechtlich behandelt und müssen für jeden einzelnen Verlag separat geführt werden. Das Klagerisiko verbleibt daher beim jeweiligen Kläger, mit allen beruflich einschränkenden wie auch wirtschaftlichen Folgen. Dieser Zustand muss dringend geändert werden.

Keine Strapaze scheute Peter Welchering, er kam mit Krücken zum Gewerkschaftstag

Die Delegierten bei der Abstimmung

Satzungsändernde Anträge

Satzungsändernde Anträge befassten sich zum Beispiel mit der Auflistung der vorgeschriebenen Fachausschüsse wie auch mit Anzahl der Mitglieder, die in einen Fachausschuss entsendet werden. Die Delegierten waren nicht damit einverstanden, hier eine Deckelung vorzunehmen. Die zuvor länger diskutierte Forderung der AG Struktur zu einer Neuausrichtung der Verbandstruktur in Richtung Regionalverbände, die durch einen Antrag des Kreisverbandes Konstanz aufgegriffen wurde, hatte auch keine Chance. Es bleibt bei „dynamischen" Kreisverbänden, sprich nach einer Mitgliederbefragung kann der Gesamtvorstand Zusammenschlüsse von Kreisverbänden genehmigen.

Dieter Gellermann, Sprecher für die AG Struktur

Zur Verblüffung der Landesvorsitzenden ging dagegen der Antrag, den Landesvorstand zu verkleinern, gänzlich ohne Diskussion über die Bühne: Laut Beschluss werden in Zukunft statt der bisher sieben **nur noch fünf Vorstandsmitglieder** gewählt werden – es handelt sich dabei neben dem oder der Landesvorsitzenden und einer/m Stellvertreter*in, um den oder die Schatzmeister*in und zwei Beisitzer*innen.

Mit der inhaltlichen Satzungsänderung soll auch gleich eine geschlechtergerechte Sprachregelung aufgenommen werden. Wie schwierig es ist, zwischen den möglichen Sprachregelungen eine Entscheidung zu treffen, zeigte eine Diskussion dazu, die nach 30 Minuten letztlich dazu führte, dass der Gesamtvorstand eine Entscheidung fällen muss.

Weitere wichtige Anträge

Auf Antrag des Kreisverbandes Hochrhein wurde der Antrag zur **Ausschüttung der Tantiemen** Verwertungsgemeinschaft (VG) Wort und VG Bild-Kunst beschlossen: Der DJV Baden-Württemberg soll sich beim Bundesvorstand für eine neue Haltung bezüglich der Ausschüttung der Tantiemen Gerätehersteller durch die Verwertungsgemeinschaft Wort einsetzen: die Tantiemen der VG Wort und der VG Bild-Kunst sollen in Zukunft ausschließlich den Urhebern zustehen. In der Begründung wird betont, dass es für freie Autoren und Journalisten überhaupt keinen Grund gibt, den Verlagen pauschal Geld zu schenken. Gerade freie Journalisten sehen sich seit Jahren mit massiven Verlusten ihrer Realeinkommen konfrontiert, dazu kommen zunehmend Knebelverträge, die den Autoren weitere Verwertungsmöglichkeiten erschweren oder diese sogar verhindern. Dagegen stellt die jährliche Ausschüttung für freie Journalisten einen erheblichen Beitrag zur Existenzsicherung dar.

Mehrere Anträge des kleinen Kreisverbandes Ludwigsburg fanden die Zustimmung der Delegierten. Bei den nächsten Verhandlungen über den Manteltarifvertrag an Tageszeitungen soll sich der Landesverband für eine garantierte, mindestens sechsmonatige Übernahme von Volontärinnen und Volontären als Tarifforderung stark machen – dies biete eine bessere Absicherung und verpflichte zur Anmeldung bei der Presseversorgung. – und auch sonst keine Kürzungen zum derzeitigen Status-quo akzeptieren.

Beschlossen wurde auch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Digitalisierung der Verbandsarbeit, um ein eigenes Cloud-Netzwerk und einen Intranetbereich einzurichten. Der Gewerkschaftstag beschloss zudem auf Antrag des KV Ludwigsburg mit großer Mehrheit, die Verhandlungen zu einer gemeinsamen landesweiten Akademie zur Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten voranzutreiben, sprich die Journalisten-Akademie (JA) und die JBB – eine schon bestehende Arbeitsgemeinschaft von DJV und VSZV – zu fusionieren, damit eine schlagkräftige und wirtschaftlich zukunftsfähige Bildungsakademie entsteht. Sollte die Fusion nicht zustande kommen, wird der Zuschuss des DJV an die JA ab dem Jahr 2019 auf 20.000 Euro p.a. halbiert.

Insgesamt konnte der außerordentliche Gewerkschaftstag ein ganzes Paket zukunftsweisender Anträge verabschieden.

Susann Mathis, Dagmar Lange

MOBILISIERUNG NACH ENGLISCHEM REZEPT

Steve Hudson erklärt beim DJV-Fachausschuss Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Strategie seines „NoGroKo“-Vereins

Große Verbände – darunter auch Gewerkschaften wie der DJV – leiden alle unter demselben Problem: Zu wenig Mitglieder. Da war das Staunen groß, als zum Jahresbeginn ausgerechnet eine der ältesten politischen Organisationen des Landes einen Mitgliederansturm vermeldet – die SPD. Seit der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz im Frühjahr 2017 bis zum Mitgliedervotum im Frühjahr 2018 steigen dort die Mitgliederzahlen um 60.000.

Zur Entscheidung über eine weitere schwarz-rote Koalition hatte vor allem der Verein „NoGroKo“ mobilisiert. Wie das funktioniert hat, erklärte Steve Hudson, Vorsitzender des Vereins, bei einer Veranstaltung des Fachausschusses Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Stuttgart.

Ein wesentlicher Punkt seiner Kampagne war die Reichweite in den sozialen Medien. „Jeder Fehler der SPD-Führung in dieser Phase brachte uns einen riesen Traffic auf der Plattform“, sagte Hudson. Um diese Reichweite zu organisieren, trommelte der erfahrene Campaigner mit Wurzeln in Großbritannien Bekannte und Freunde aus dem linken SPD-Spektrum zusammen, startete auf den sozialen Medien und mit einer Webseite. Nach dem Vorbild von Labour in England entfachte er in der speziellen Situation einen Eintrittssturm. Hintergrund der Strategie: Möglichst viele Neumitglieder unterstützen eher linke Genossen bei der Urwahl gegen einen vorherrschenden eher konservativen Mainstream. Dieses Konzept hatte schon bei der Urwahl von Jeremy Corbin gegen das Labour-Establishment in Großbritannien verfangen.

Dazu suchte Hudsons Verein innerhalb der SPD Verbündete. Überraschend: Die Jusos, stets als Speerspitze im Groko-Kampf dargestellt, fremdelten mit der neuen Vereinigung. Das lag wohl an den anderen Forderungen der No-Groko-Organisation nach Urwahlen zu möglichst vielen Parteithemen und einem anderen Führungspersonal. „Viele Jusos sind in die Parteistrukturen eingebunden, Urwahlen würden da Karriereaussichten verringern“, so Hudsons Erklärung.

Das Ergebnis der Bemühungen ist bekannt, zwei Drittel der Teilnehmer erlaubten dem Willy-Brandt-Haus das schwarz-rote Bündnis. „Es ist eben schwierig, in einer Partei mit so vielen alten Mitgliedern über die sozialen Netzwerke zu mobilisieren“, sagte Hudson: „Wahlentscheidungen werden nicht mehr nach der sozialen Ausrichtung, sondern nach den Mediengewohnheiten getroffen“, so die Erkenntnis. Ein Punkt, der auch für den DJV interessant ist, der sich ja selbst gerade eine Strukturdebatte verordnet hat.

Die Chance auf Reichweite bei Facebook und Twitter sollte für den DJV Anlass sein, sich über eine neue Strategie in den sozialen Medien Gedanken zu machen.

Peter Schwab

Im September 2018 hat sich der Fachausschuss Chancengleichheit konstituiert.

Er setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzende: Silke Schneider-Flaig (www.pressebuero-sis.de)
2. Vorsitzende: Stephanie Dittebrandt (www.journalistenbuero-baden-baden.de)
Daniela Haußmann (www.haussmann-presse.com)
Susann Hartung (www.pressworks.hartung.org)

MEDIEN | ZUKUNFT | FESTIVAL

Mobile Reporting, Visualisierung, App-Entwicklung, Instagram und die Entwicklung im Lokalen wie auch der Branche insgesamt: einen Tag lang drehte sich in Heidelberg alles rund um den modernen Journalismus. Das erste **Medien|Zukunft|Festival** des DJV am 13. Oktober auf dem Gelände der SRH Hochschule bot ein abwechslungsreiches Programm, das mehrere Formate vereint, und sich an Berufseinsteiger wie auch langjährige Medienschaffende richtete.

Mehr dazu in der nächsten Blickpunkt-Ausgabe.

PRESSEFREIHEIT UND JOURNALISMUS IM EXIL

Brief an die Redaktion

Die Redaktion des Medienmagazins Blickpunkt erreichte dieser Brief, der ein erschütterndes Licht auf die Pressefreiheit in der Türkei wirft. Der DJV Landesverband Baden-Württemberg kann die geschilderten Begebenheiten nicht nachprüfen. Aber nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bei seinem Deutschlandbesuch Ende September sogar die Auslieferung von Can Dündar, dem in Deutschland lebenden Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, aufgrund des Vorwurfs einer Agententätigkeit, forderte, hat sich die Blickpunkt-Redaktion dazu entschieden, diesen Brief auch ohne finale Nachprüfbarkeit zu veröffentlichen. Er beginnt so:

Irgendjemand muss es ja schreiben...

Meine Kollegin Ece Sevim Öztürk war wohl die letzte Journalistin, die in der Türkei lebte und versuchte, unabhängigen Journalismus zu machen. Diese einsame Frau versuchte über Youtube den Putschversuch vom 15. Juli zu beleuchten. Öztürk, die sich nur durch Spenden an ihr Patreon-Konto über Wasser halten kann, deckte kurz vor dem zweiten Jahrestag des Putschversuchs ein wichtiges Detail auf.

Einige der Befehlshaber, die am 15. Juli die Soldaten auf die Straßen schickten, wurden durch Erdogan befördert. Dies war ein wichtiger Beweis dafür, dass das Erdogan-Regime beim Putschversuch seine Finger im Spiel hatte. Öztürk wurde, kurz nachdem sie diesen Bericht veröffentlichte, verhaftet und musste Mann und Kind zurücklassen. Öztürk war der letzte Name, der in der Türkei hinterfragen konnte, was wirklich am 15. Juli geschehen war. In dem Land, das ich auf einem Flüchtlingsboot verließ, gibt es keinen Journalisten mehr, der dies hinterfragen kann. Und wann Öztürk wieder aus der Haft entlassen wird, entscheidet Erdogan.

In meiner Heimat, in der in einer Nacht 160 Medieneinrichtungen geschlossen, über 200 Journalisten verhaftet und Medienkonzerne von Geschäftsmännern, die durch Erdogan mit öffentlichen Ausschreibungen übergossen wurden, aufgekauft werden und den Befehlen Erdogans untergeordnet werden, ist es nicht mehr möglich, Journalismus zu betreiben. Ich wusste dies, als ich mich auf den Weg machte. Die Menschenhändler erlauben keine Taschen auf den Flüchtlingsbooten. Trotzdem ist es mir möglich gewesen, mein Laptop mitzunehmen. Als der Fluss Evros mich von meiner Heimat trennte, wusste ich nicht, ob ich jemals wieder einen Artikel auf der Tastatur meines Laptops schreiben können werde.
Offengestanden waren meine Frau, die auch Journalistin ist, und ich so verärgert über unsere Heimat, dass wir dies nicht mehr tun wollten. Ich hatte nur Journalismus betrieben, aber 22,5 Jahre Gefängnisstrafe bekommen. Doch man wird durch die Situation in der Türkei dazu gezwungen. Jeden Tag wird die Menschenrechtslage schlimmer. Wenn nicht ich darüber berichte, wer dann?

Ich habe mir diese Frage gestellt, als ich in Griechenland im Flüchtlingslager war. Nach einem Jahr, nachdem ich auch in Griechenland keine Ruhe vor dem Erdogan-Regime hatte, kam ich nach Deutschland. Und mit derselben Frage im Kopf mache ich meine Arbeit weiter. In einem diktatorischen Regime ist innerhalb der Landesgrenze der gefährlichste Job der des Journalisten. Aus diesem Grund muss man dies aus dem Ausland heraustun.

Ich habe einen Journalistenkollegen namens Bülent Ceyhan. Er ist wie ich auch Flüchtling. Er verdient sein Unterhalt nachts als Lagerarbeiter und versucht tagsüber, Journalismus zu betreiben. Er deckte mit Belegen auf, dass ein Lehrer namens Gökhan Açıkkollu im Istanbuler Polizeipräsidium durch Folter ermordet wurde. Und dies hatte Ceyhan aus Tausenden Kilometern Entfernung vollbracht. Er wurde mit seiner Berichterstattung eines Preises würdig. Ceyhan sollte der Metin Göktepe Journalismus Preis verliehen werden. Metin Göktepe war ein Journalist, der in den 90er Jahren in der Türkei durch Folter ermordet wurde. Der Preis wird ihm zu Ehren jedes Jahr an einen Bericht im Bereich der Menschenrechte verliehen. Alle Journalisten waren sich einig, dass 2017 Ceyhan diesen Preis verdiente. Eine Woche nachdem bekannt gegeben wurde, dass Ceyhan diesen Preis bekommen würde, passierte etwas. Das Komitee gab bekannt, dass der Preis nicht an Ceyhan verliehen werden könne. Sie hatten eine unglaubwürdige Begründung gefunden. Wir alle begriffen, was Sache war. Ceyhan war ein Journalist im Exil. Und der durch Folter umgebrachte Lehrer war Mitglied der Gülen-Bewegung (Hizmet-Bewegung). Ceyhan war einer Sache nachgegangen und brachte die Wahrheit ans Tageslicht, während kein Journalist in der Türkei den Mut dazu hatte. Aber in der Türkei hatte man ebenso keinen Mut dazu, ihm den Preis zu verleihen, der er verdiente.

Wir, als Journalisten, die in verschiedene europäische Länder ausgewandert sind, sind die einzigen, die der Welt berichten können, was wirklich in der Türkei passiert. Sogar die Türkei-Korrespondenten der internationalen Medien unterlegen einer Selbstzensur, weil sie stets mit dem Risiko der Ausweisung oder Verhaftung konfrontiert sind. Wir sind die einzigen, die über diejenigen berichten können, die unter Folter sind, die seit zwei Jahren in einer Einzelzelle gehalten werden und denen das Recht zum Leben entsagt wird. Wir alle sind Flüchtlinge und wie alle Flüchtlinge dürfen auch wir Journalisten unser Aufenthaltsland nicht verlassen. Einige von uns sind in einem Dorf an der polnischen Grenze, einige in einer Kleinstadt am Schwarzwald...

Wir können uns nicht treffen und dass wir Journalisten voneinander so entfernt sind, sorgt dafür, dass ein Diktator seine Vergehen verheimlichen kann. Ist diese Tatsache nicht deutlich genug?

Cevheri Güven, Exiljournalist

In Baden-Württemberg trifft sich regelmäßig eine Gruppe von Exiljournalisten. Bei einem dieser Treffen kam die Idee und der Wunsch auf, etwas für den Blickpunkt zu schreiben. Es fehlt uns an Mitstreitern, die Exiljournalisten unterstützen möchten. Manchmal sind es die ganz banalen und alltäglichen Fragen, für die eine Antwort erhofft wird. Dazu brauchen wir mehr Ansprechpartner. Und es braucht auch den Raum für ein paar Zeilen oder Worte in den Tageszeitungen, im Rundfunk und in Blogs, um Exiljournalisten Gehör zu verschaffen. Der DJV Landesverband Baden-Württemberg vermittelt gerne Kontakte.

SOLIDARITÄT ZAHLT SICH AUS!

Streik der Freien bei der Esslinger Zeitung

Acht Jahre lang blieb das Zeilenhonorar der für die Eßlinger Zeitung (EZ) schreibenden Freien Journalisten gleich – ungeachtet höherer Lebenshaltungskosten oder Tariferhöhungen bei den festangestellten Kollegen. Nachdem Anfang des Jahres durch eine Layout-Umstellung im Zusammenhang mit dem Verkauf der EZ an die Südwestdeutsche Medienholding die Zeitungsspalten breiter wurden, kam dies sogar einer Honorarkürzung gleich. Gespräche mit der Geschäftsführung waren erfolglos, immer wieder wurden wir vertröstet.

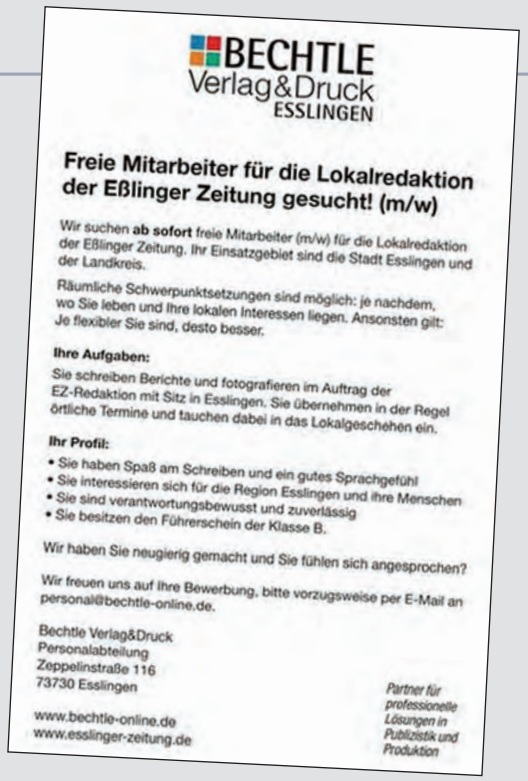
Schließlich reichte es uns: Mehr als zwei Wochen lang haben die 19 Freien, die in der EZ einen großen Teil der lokalen Berichterstattung besorgen, zwischen Ende Juni und Mitte Juli keine Aufträge angenommen. Für diese Streik-Aktion bekamen wir breite Unterstützung aus der Gesellschaft: Leser, Politiker, Vertreter von Vereinen, Organisationen und Kirchen, die wir über unsere Situation informierten, haben ihre Solidarität bekundet und in Briefen an die EZ die Bedeutung und Qualität der Arbeit der Freien formuliert. Etliche waren erstaunt, für welchen „Hungerlohn", so der Ausdruck eines Kommunalpolitikers, wir arbeiten müssen. Dieser Zuspruch hat uns sehr ermutigt. Rückendeckung gab es auch vom DJV. Zudem berichteten einige Medien – allen voran die Wochenzeitung „Kontext" - über unser Engagement.

Für viele der freien Kolleginnen und Kollegen war es nicht einfach, einen Honorarausfall von mehr als zwei Wochen zu verkraften. Umso schöner war es zu erfahren, dass wir Freien diese Zeit gemeinsam und erfolgreich durchgestanden haben. Schließlich hat sich die kollegiale Solidarität als starkes Instrument erwiesen. Mit der Geschäftsleitung konnte in der zweiten Verhandlungsrunde eine Honorarerhöhung um 16 Prozent und auch höhere Pauschalen für aufwändige Termine vereinbart werden. Zudem vereinbarten die Verhandlungspartner, dass man sich einmal im Jahr zu einem Austausch mit der Redaktionsleitung trifft sowie alle zwei Jahre zu einem Gespräch mit der Geschäftsführung, um über die Honorarentwicklung zu sprechen.

Wir freuen uns über dieses respektable Ergebnis. Allerdings erwarten wir, dass künftige Tariferhöhungen für Redakteurinnen und Redakteure auch auf die freien Journalisten angewandt werden. Denn es gibt keinen Grund, zwischen festangestellten und professionell arbeitenden freien Kollegen, von denen nicht wenige eine fundierte journalistische Ausbildung und oft jahrelange redaktionelle Erfahrung haben, zu unterscheiden. Tragen wir Freien doch anders als Festangestellte die Kosten für unsere soziale Absicherung oder das Risiko von Krankheit komplett selbst.

Wir wünschen uns, dass unsere Aktion auch Vorbild und Ermutigung ist für Freie in ähnlicher Situation.

Ulrike Rapp-Hirrlinger / Petra Bail



BECHTLE Verlag&Druck ESSLINGEN

Freie Mitarbeiter für die Lokalredaktion der Eßlinger Zeitung gesucht! (m/w)

Wir suchen **ab sofort** freie Mitarbeiter (m/w) für die Lokalredaktion der Eßlinger Zeitung. Ihr Einsatzgebiet sind die Stadt Esslingen und der Landkreis.

Räumliche Schwerpunktsetzungen sind möglich: je nachdem, wo Sie leben und Ihre lokalen Interessen liegen. Ansonsten gilt: Je flexibler Sie sind, desto besser.

Ihre Aufgaben:

Sie schreiben Berichte und fotografieren im Auftrag der EZ-Redaktion mit Sitz in Esslingen. Sie übernehmen in der Regel örtliche Termine und tauchen dabei in das Lokalgeschehen ein.

Ihr Profil:

- Sie haben Spaß am Schreiben und ein gutes Sprachgefühl
- Sie interessieren sich für die Region Esslingen und ihre Menschen
- Sie sind verantwortungsbewusst und zuverlässig
- Sie besitzen den Führerschein der Klasse B.

Wir haben Sie neugierig gemacht und Sie fühlen sich angesprochen?

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, bitte vorzugsweise per E-Mail an personal@bechtle-online.de.

Bechtle Verlag&Druck
Personalabteilung
Zeppelinstraße 116
73730 Esslingen

www.bechtle-online.de
www.esslinger-zeitung.de

Partner für professionelle Lösungen in Publizistik und Produktion

Während die Kolleginnen und Kollegen von der Eßlinger Zeitung den Mut aufbringen, sich gegen ihre miserable Bezahlung aufzulehnen und streiken, sucht ihr Auftraggeber umgehend via Inserat Ersatz: Freie Mitarbeiter mit Flexibilität, Spaß am Schreiben und Sprachgefühl, wünscht sich der Bechtle Verlag und ja, auch den Führerschein Klasse B sollten sie haben. Da sich Journalisten wohl doch nicht so einfach ersetzen lassen, konnten sich die Freien mit der Geschäftsleitung einigen.

DSGVO – EIN PROZESS, DER GELEBT WERDEN MUSS

Datenschutz-Experten stellen sich den Fragen des FA Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eigentlich ist der Mai ein Wonnemonat. Nur in diesem Jahr trieb er den Angstschweiß auf die Stirn. Als Menetekel standen fünf einfache Buchstaben an der Wand: DSGVO. Ausgesprochen wurden sie zum Albtraum: Datenschutzgrundverordnung. Europäisches Recht , das am 25. Mai deutsches Recht aushebelte. Und Webseiten-Betreiber in Schockstarre versetzte.

Die Angst ist noch nicht überwunden. Obgleich im Grunde wenig passiert zu sein scheint. Die Kommunikationswelt läuft noch rund. Auch wenn einige der einschlägig bekannten Abmahnanwälte bereits Briefe verschickt haben – allerdings nicht aufgrund fundierter datenrechtlicher Versäumnisse, sondern allein um ihr Honorarkonto zu füllen.

Mutig stellten sich 15 Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dem Thema, auch wenn ihnen der kalte Schweiß auf der Stirn stand. Dies war jedoch eher der stickigen Hitze des Veranstaltungsortes, dem Kreativwirtschaftszentrum in Heidelberg, geschuldet. Denn die beiden Fachleute, Casper Schulenburg, zertifizierter Datenschutzbeauftragter und Spezialist für DSGVO-konforme Prozesse bei der Adressverarbeitung sowie Andrew Sanderson, Geschäftsführer einer Digital Kommunikations-Agentur, führten cool, mit viel Kompetenz und doch bodenständig durch das Thema.

Schulenburg rät zur aufmerksamen Gelassenheit, die die Gesamtthematik nicht aus den Augen verliert. Die Materie sei zu komplex; aber die künftige Rechtsprechung wird klare Grenzziehungen erkennbar machen. Daher sei eine einmalige, von Panik getriebene Hau-ruck-Aktion wenig hilfreich. Die DSGVO sei kein abgeschlossener Vorgang. „Sie ist ein Optimierungsprozess und muss auch so gelebt werden“, stärkt er das Selbstbewusstsein, sich in kleinen Schritten in das neue Aufgabenfeld hinein zu bewegen und ständig zu verbessern.

Das ganze Feld ist durch klare Regeln definiert. Schulenburg benennt sie. So ist zunächst immer der Anwendungsbereich zu definieren. Die DSGVO bezieht sich ausschließlich auf personenbezogene Daten, die in einem Dateisystem – das nicht unbedingt elektronisch sein muss – gespeichert sind. Es muss zudem ein Bezug zur EU und ein über das Private hinausgehender Kontext bestehen. So ist das private Adressbuch auf dem Smartphone von der Verordnung befreit. Auch allgemeine Webadressen wie „info@“ oder „redaktion@“ fallen nicht darunter, da sie keine personenbezogenen Daten darstellen. In allen anderen Fällen muss eine Verarbeitungserlaubnis eingeholt werden. Aber auch dabei, macht Schulenburg klar, hat man Wahlfreiheiten. Insgesamt sechs Varianten sind durch Art. 6 der DSGVO vorgegeben. Die stärkste ist die Einwilligungserklärung, aber schon eine bereits bestehende vertragliche Bindung reicht für die Verarbeitung. Schließlich liefert auch der juristische Begriff des „berechtigten Interesses“ eine ausreichende, wenn auch die schwächste Grundlage hierfür. Dieses Interesse könne im Zweifel schon für den Journalisten bestehen, wenn er die Daten der Pressesprecher in seinen Files hält, weil er sie immer wieder für Recherchen benötigt wie umgekehrt für den PR-Verantwortlichen, weil er seine Medienkontakte mit Presseinformationen versorgt. Wer im Übrigen – etwa als freier Journalist, Pressesprecher oder Redakteur -, seine persönliche E-mail-Adresse auf seiner oder der Unternehmens- bzw. Verlagswebsite vorhält, hat mit dieser Öffentlichkeit quasi schon sein Einverständnis im Sinne eines „berechtigten Interesses“ begründet.

Dann sind Informationspflichten einzuhalten. Die betroffenen Personen müssen über die Verarbeitung in Kenntnis gesetzt werden; worüber genau, katalogisieren die Art. 13 und 14 der DSGVO. Schließlich sind Mechanismen zu etablieren, die die Rechte der Betroffenen garantieren. Hier geht es um Informationsabläufe bei Datenpannen sowie den Umgang mit Auskunftsrechten, Berichtigungen, Löschungen oder Widerspruch. All dies zeige, so Schulenburg, dass die DSGVO ein deutliches Mehr an Kommunikation verlange. Letztlich, prognostiziert er, werden allein der Wille zu Transparenz und Einblick die Richter in Zweifelsfällen überzeugen, dass man in gesetzeskonform bester Absicht handelte.

Trotz des gesetzlichen Charakters, so Online-Marketing-Experte Andrew Sanderson, sind jedoch nicht die Juristen die eigentlichen Treiber der Neuerungen. „Die Kundenerwartungen treiben den Prozess voran“, prognostiziert er. Und diese seien eben bestimmt durch ein Mehr an Offenheit und dem Rückgewinnen von Vertrauen. Maßnahmen wie etwa das bei Newslettern verlangte Double-opt-in, quasi die doppelte Einwilligungserklärung, dienen letztlich genau dazu.

Sowohl freie Journalisten wie auch besonders Journalisten in Presse- und Öffentlichkeit sind von der Thematik in ihren Arbeitsabläufen betroffen. Die Adressliste etwa, in der der oder die Freie die Daten der Kontaktpersonen und Auftraggeber in den Redaktionen gespeichert hat, fällt eindeutig unter die DSGVO. Die Besonderheit liegt hier in der Art der Verarbeitungserlaubnis. In der Regel kann – so die Meinung der Diskutanten – davon ausgegangen werden, dass bereits ein Auftrags- und Vertragsverhältnis vorliegt, zumindest die Freien aber auf ein berechtigtes Interesse verweisen können. Es kann dennoch sinnvoll sein, den Auftraggebern, also den Redakteuren in den belieferten Medien, ein paar Informationen zu Art und Zweck der Verarbeitung zukommen zu lassen. Für die Meldepflichten bedarf es dagegen eher keiner großen Umstände. Im sehr extremen Falle einer Datenpanne kann die betroffene Person dann einfach angerufen werden.

Auch die Situation in der Presseabteilung eines Unternehmens mit einer in der Regel schon lange eingeführten Liste an Kontaktpersonen in relevanten Redaktionen erfordert ähnliche Prozessabläufe.Gut zwei Stunden intensive Diskussion machten ein Stück gelassener im Umgang mit der DSGVO. Und dennoch warf eine Frage unzählige neue auf. Und so verordneten sich die Teilnehmer ein Double-opt-in in Form einer baldigen Neuauflage der Veranstaltung.

Michael Tschugg

REAKTION AUF UNSERE ONLINE-UMFRAGE

Leserbrief von Cajo Kutzbach

(...) Wenn ich kann, meide ich Demos, weil sie oft nicht dem Austausch und der Begegnung dienen, oder dem Erklären von Positionen, sondern in vielen Fällen eher Machtdemonstrationen sein sollen. Das geht von "endlich mal laut sagen" bis zur Gruppendynamik bei den Montagsdemos gegen Stuttgart 21. Natürlich muss all das auch sein, aber wirklich nahrhaft für unsere Mediennutzer ist das selten. Aber ich bin da als Freier privilegiert, weil ich Themen anbieten kann, also selbst eine gewisse Auswahl treffe und altersbedingt weniger arbeite. Wenn man für die ARD und den Deutschlandfunk arbeitet, hat man es natürlich leichter, als wenn man von einem unbekannten Medium kommt, oder für den "Kleinkleckersdorfer Anzeiger" arbeiten muss.

Darin liegt aber auch die Gefahr, dass man um unbequeme Termine einen Bogen macht. Und da mag die Kritik an den Medien manchmal durchaus berechtigt sein. Gerade Freie müssen nach kapitalistischer Logik schauen, dass sie in möglichst kurzer Zeit möglichst viel erledigen. Also werden Termine bevorzugt, bei denen man hingehen kann, einen O-Ton, ein Video oder ein zwei Fotos macht und dann wieder geht. Die schlechte finanzielle Lage der Freien zwingt geradezu zu oberflächlicher und ungenauer Arbeit. Redaktionelle Wünsche, wie nebenher ein Foto schießen, ein Video drehen, oder einen kurzen Filmschnipsel per Smart-Phone einfangen, das hat mit Qualität wenig zu tun.

(...) Und bei solchen Themen meine ich, haben auch wir versagt, weil wir zwar vielleicht noch berichten, wenn es eine Schlägerei, einen Überfall gab, aber keine Zeit für Ursachen und Zusammenhänge mehr haben. Was muss bei der Sozialisation schief gelaufen sein, wenn man sich nur noch in der Gruppe stark fühlt und willkürlich fremde Menschen zusammen schlägt? Streng genommen hat auch das einen politischen Hintergrund, aber oft heißt es dann nur noch "Ausländer" oder "Rechte". Da haben wir unser Wächteramt - das übrigens dem neuen Intendanten des Deutschlandfunks zu groß erscheint - wohl schon Jahre lang nicht wahrgenommen.

Wo sind denn, um beim Thema Rechte zu bleiben, die Beiträge, die versuchen zu verstehen, welche wirklichen Nöte die Personen dazu bringen sich einer Rechten Gruppierung anzuschließen? Wo sind Beiträge, die thematisieren, dass in den neuen Bundesländern keine Entnazifizierung stattfand, oder, dass der Wechsel eines politischen Systems einen Knacks in der eigenen Biographie hervorrufen kann, selbst, wenn man nicht Teil des Systems war. Wo sind Aufsätze, die zeigen, wohin wir uns in Zukunft bewegen könnten, wo Gefahren lauern und wo Chancen liegen? Auch da hätten die Medien eigentlich viel mehr zu bieten, um die Unsicherheit der Menschen zu lindern und ihnen Mut zu machen.

„LANGFRISTIG HOFFE ICH AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL“

Interview mit der Landes-Behindertenbeauftragten Stephanie Aeffner

Stephanie Aeffner
Foto: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Sie sind seit 2016 Landes-Behindertenbeauftragte von Baden-Württemberg. Welche Bilanz ziehen Sie, was Ihre bisherige Amtszeit angeht?

Das Innehalten und Schauen, was man bisher erreicht hat – das ist gerade etwas schwierig. Denn wir stehen vor vielen Aufgaben, an die wir ran müssen. Von inhaltlichen Punkten in Gesetzgebungsverfahren abgesehen ist aber schon mal eine wesentliche Veränderung erreicht.

Als ich mein Amt angetreten habe, waren einige der Ansicht: Da kommt jetzt eine aus der Selbsthilfe. Dass ich nicht wegen meiner Behinderung Landes-Behindertenbeauftragte geworden bin, sondern in erster Linie deshalb, weil ich die Qualifikation dafür mitbringe – diese Wahrnehmung hat sich deutlich verändert. Das halte ich auch für ein wichtiges Signal an die Arbeitswelt.

Wie beurteilen Sie die Arbeitssituation behinderter Menschen hierzulande?

Wir haben eine gute Arbeitsmarktsituation in Baden-Württemberg. Doch davon profitieren Menschen mit Behinderungen leider nur wenig. Langfristig hoffe ich auf den demografischen Wandel.

Irgendwann werden sich Arbeitgeber Gedanken machen müssen, wo sie noch gut qualifiziertes Personal herbekommen. Was mir in Baden-Württemberg außerdem auffällt: Wir haben kaum schwerbehinderte Akademiker, die sichtbar als „Experte“ auftreten. Das ist mir erst kürzlich wieder bewusst geworden, als ich im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes nach einem selbst betroffenen Juristen gesucht habe, der zum Thema „Eingliederungshilfeleistungen“ referieren könnte. Das muss sich unbedingt ändern.

Gibt es Entwicklungen, die Ihnen besonders Sorgen machen?

Ja, und zwar ist das der starke Zuwachs an seelischen Behinderungen. Der Hauptgrund für diese Zunahme ist die Entgrenzung von Arbeit und die ständige Erreichbarkeit. Für Berufstätige müssen Zeiten der Erholung und Regeneration auch tatsächlich stattfinden. Dazu gehört beispielsweise, dass nach Feierabend oder im Urlaub keine dienstlichen Mails ans private Handy weitergeleitet werden. Deshalb müssen wir für reguläre Beschäftigungsverhältnisse ein Ende der täglichen Arbeitszeit gesetzlich hinbekommen.

Im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich das Land Baden-Württemberg zu einer Schwerbehindertenquote von sechs Prozent selbst verpflichtet – erfüllt aktuell aber nicht mal die gesetzliche Mindestquote. Wo liegt das Problem?

Ein Grund für die verfehlte Quote ist sicherlich die demografische Entwicklung. Aktuell gehen viele Ältere in Rente oder Pension. Es rücken aber nicht genügend jüngere Mitarbeiter mit Handicap nach. Nichtsdestotrotz gibt es auch strukturelle Probleme. Aus diesem Grund haben wir eine interministerielle Landesgruppe zur Erhöhung der Beschäftigungsquote im Land gegründet, in der ich auch meine Vorschläge eingebracht habe.

Auch private Arbeitgeber erfüllen ihre Behindertenquote häufig nicht und kaufen sich stattdessen lieber frei. Muss die Ausgleichsabgabe demnach deutlich erhöht werden, damit es zu mehr Beschäftigungen kommt?

Ich glaube nicht, dass eine höhere Ausgleichsabgabe zum gewünschten Erfolg führen würde. Das wäre auch politisch kaum umsetzbar. Meiner Meinung nach ändert sich nur etwas, wenn wir alle von Anfang an gemeinsam miteinander leben. Nur so entsteht in unserer Gesellschaft eine andere Wahrnehmung von Behinderung. Die meisten Menschen sind in ihrer gesamten Schul- oder Studienzeit noch nie einem einzigen Behinderten begegnet – und pflegen dann ihre Vorurteile. Deshalb gehört das Thema „Behinderung“ zwingend in alle Ausbildungen und Studiengänge.

Welche Maßnahmen braucht es generell?

Wir benötigen dringend mehr Jobs für Geringqualifizierte, um die Menschen aus den Behindertenwerkstätten zu holen. Im Öffentlichen Dienst wurde in den vergangenen Jahren sehr viel outgesourct. Dadurch sind diese Arbeitsplätze verloren gegangen. Hier sollte man vielleicht mal eine Kosten-Nutzen-Rechnung machen, denn ich bin der festen Überzeugung: Gesamtwirtschaftlich betrachtet sparen wir durch Outsourcing gar nichts, weil wir damit Menschen aussortieren, sie zu Zwangsrentnern oder ALG2-Empfängern machen. Zur Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse steht jetzt das „Budget für

Arbeit“ zur Verfügung. Diese Möglichkeit sollten öffentliche Stellen auf jeden Fall auch nutzen.

Waren Sie selbst schon von Arbeitslosigkeit betroffen?

Ja. Ich bin vor einigen Jahren arbeitslos geworden, als mein Zeitvertrag auslief. Ich habe nun mal Krankheitszeiten im Lebenslauf – und wurde auf meine Bewerbungen hin zu keinem einzigen Vorstellungsgespräch eingeladen. Selbst von öffentlichen Arbeitgebern nicht, obwohl die gesetzlich eigentlich dazu verpflichtet sind. Da habe ich mir überlegt: Soll ich die jetzt verklagen? Doch letztendlich habe ich mich dagegen entschieden. Stattdessen habe ich damit begonnen, mir ein Netzwerk für mein politisches Engagement aufzubauen. Auf diese Weise habe ich dann auch meinen späteren Arbeitgeber kennengelernt. All das hat aber nur funktioniert, weil mein Mann mir sämtliche Zugfahrten finanziert hat, damit ich meine Kontakte auf Landesebene pflegen konnte. Viele andere Menschen haben diese Möglichkeit nicht. Und genau da ist das Problem: Es gibt für behinderte Menschen oft keine Alternativ-Wege, die wir aber brauchen, um unserem Gegenüber klar zu machen: „Ich kann trotz Behinderung etwas leisten und falle auch nicht beim kleinsten Windstoß tot um.“

Welche Ziele haben Sie sich für Ihre weitere Amtszeit gesetzt?

Besonders wichtig ist mir die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Wir haben jetzt ein sozialpolitisches Zeitfenster, wo wir Einstiege in wichtige langfristige Veränderungen hinbekommen können. Große Sorgen mache ich mir dagegen um die schulische Inklusion im Land. Hier gibt es eine eklatante Ungleichbehandlung von Schülern, die alle gleichermaßen einen Anspruch auf qualifizierte Bildung haben und die wir alle in unserer Gesellschaft brauchen. Deshalb arbeite ich gerade an einer Haltungsänderung bei allen Akteuren des Schulsystems. Ein weiteres Ziel ist, eine eigene Interessensvertretung für Menschen mit Behinderungen zu schaffen – denn die fehlt uns.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Stephanie Dittebrandt

ES GEHT UM UNSER GELD

DJV fordert vom SWR angemessene Online-Honorare

Im Tarifvertrag 2017 für die Festen Freien Mitarbeiter/Innen wurde vereinbart, die Web-Honorare „mit besonderer Verantwortung“ zu erhöhen. Der Fachausschuss Rundfunk im SWR hat ein Jahr danach eine Umfrage an vielen Standorten in Baden-Württemberg vorgenommen und einen Flickenteppich entdeckt.

Der DJV hat deshalb den SWR aufgefordert, klarzustellen, wer wann Anspruch auf das Honorar „m.b.V.“ hat. Denn es geht um euer/unser Geld seit 2017.Dem Jahr, das zugrunde gelegt wird für die neue Honorarstruktur. Was wir damals nicht erhalten haben, bekommen wir auch ab 2019 nicht – deshalb fragt nach in eurer Abteilung!

Vor einem Jahr hat der SWR in den Tarifverhandlungen zugesichert, die Honorare für Web-Redakteurinnen und Redakteure mit besonderer Verantwortung (m.b.V.) bei Planung, Abwicklung und Ablaufverantwortung zu erhöhen. Dieser m.b.V.-Satz hätte ab September 2017 gelten sollen, dann ab 2018 der weiter erhöhte Satz. Und zwar sowohl für einen Auftritt bei Online, Social Media oder App. Für diese Erhöhung wurde bei der Tarifeinigung 2017 eigens Geld zur Verfügung gestellt: 0,1% aus der „strukturellen Komponente“ für Feste Freie. Nach einer Umfrage des DJV bei verschiedenen Redaktionen und Standorten in Baden-Württemberg ergibt sich ein Jahr später allerdings ein Flickenteppich an Honoraren, und ein unklares Bild, wer die höhere Bezahlung nach welchen Kriterien erhält. An manchen Standorten scheint die Tarifeinigung von vor über einem Jahr nicht angekommen zu sein.

Der DJV fordert nachvollziehbare Kriterien für die Bezahlung der Festen Freien „M.B.V.“

Der SWR sieht in einer aktuellen Antwort gegenüber dem DJV den Dienst „m.b.V.“ dann als gerechtfertigt an, wenn „kein multimedialer CvD/Redaktionsleiter anwesend ist, der die Ablaufverantwortung innehat bzw. keine weitere Instanz für die Ausspielung verantwortlich ist“.

Damit hat der SWR zumindest klarer gemacht, welche Arbeit er für „m.b.V.“ hält. Und: Der SWR will die DJV-Umfrage zum Anlass nehmen, die Kriterien und Maßstäbe bei der Bewertung und Honorierung von Online-Diensten zu erkunden.

Der DJV befürchtet:

Web-Redakteurinnen und Redakteure ist ihnen zustehendes Honorar nicht bezahlt worden. Bitte meldet deshalb eure Ansprüche „M.B.V.“ seit 2017 bei der Einstufung zur neuen Honorarstruktur an!
Und Informiert alle Online-Kolleginnen und Kollegen

Achim Beckedorf

EXKLUSIVTERMIN FÜR DJV-MITGLIEDER

Einblicke in die BUGA samt neuem Stadtquartier

Luftbild auf das Bundesgartenschaugelände samt Stadtquartier, Neckar und Seen. Quelle: Bundesgartenschau Heilbronn 2019 GmbH

Zu einer exklusiven Führung über das Gelände der Bundesgartenschau Heilbronn 2019 (BUGA) samt der integrierten Stadtausstellung lädt der Kreisverband Heilbronn alle interessierten Mitglieder des DJV-Landesverbandes am Donnerstag, 25. Oktober, um 17:00 Uhr, ein. Denn bis zum 17. April 2019 ist das Gelände für Besucher ansonsten geschlossen.

Ob Lokal-, Landes-, Wirtschaftsjournalist oder Blogger – wer sich für Stadtentwicklung, Landschaftsarchitektur und Klimaschutz interessiert, sollte diesen Termin nicht verpassen. Denn die BUGA Heilbronn ist die erste, die eine Gartenausstellung mit einer Stadtausstellung verbindet.

Quasi ein Reallabor stellen die Bewohner der ersten 22 Häuser im Stadtquartier Neckarbogen dar, weil die 700 Bewohner ab Frühjahr 2019 ein Teil der BUGA sind, die täglich bis zu 30.000 Besucher erwartet. In den Erdgeschossen der Häuser werden vielfältige Ausstellungsbeiträge zum Wohnen in der Zukunft präsentiert. Als Forschungsprojekt wird auf der letzten Meile zu den Wohnhäusern ein autonomes Lieferfahrzeug eingesetzt.

Die Bundesgartenschau Heilbronn 2019 will ein Motor der Stadtentwicklung sein. Was sie mit Nachhaltigkeit zu tun hat, welche Rolle Mobilität und Digitalisierung spielen, all das erfahren die Teilnehmer bei einer Führung durch BUGA-Geschäftsführer Hanspeter Faas. Danach kann die Diskussion bei einem Glas Wein fortgesetzt werden.

Eine verbindliche Anmeldung bis zum 21. Oktober bei der Geschäftsstelle des DJV an info@djv-bw.de ist Voraussetzung zur Teilnahme. Treffpunkt ist am Donnerstag, 25. Oktober, um 17:00 Uhr, am Europaplatz. Parkplätze gibt es im Parkhaus Experimenta sowie im Parkhaus am Bollwerksturm.

Milva-Katharina Klöppel

LAUER SOMMERABEND AUF DER LANDESGARTENSCHAU

Pressesprecherin Sattler führt KV Offenburg/Ortenau übers Gelände

Verdiente Pause: Die DJV-Gruppe machte es sich in Liegestühlen auf dem LGS-Gelände bequem. Foto: Petra Sattler

Dieser Termin musste im Sommer 2018 einfach sein: Ein Besuch der Landesgartenschau in Lahr (LGS 2018), sozusagen mitten im Zentrum des Kreisverbands Offenburg/Ortenau. Rund zehn Mitglieder erlebten Ende Juli nach einem 35-Grad heißen Tag einen wunderbar lauen Sommerabend auf dem weitläufigen Gelände der Landesgartenschau. Zum zweistündigen abendlichen Rundgang waren nicht nur Mitglieder aus der Ortenau, sondern auch aus den benachbarten Kreisverbänden Freiburg und Rastatt/Baden-Baden gekommen.

Wo bis vor wenigen Jahren nichts weiter als Maisäcker und Brachen waren, entstand auf 38 Hektar ein Freizeitgelände. Mit Petra Sattler, der Pressesprecherin der LGS 12018, hatte die Gruppe eine Führerin durch die Landesgartenschau, der die Freude über ihre Arbeit trotz anstehenden Überstunden beim Abendtermin spürbar anzumerken war. Für einige Kolleginnen und Kollegen war es zudem ein Wiedersehen mit der früheren Journalistin, die lange Zeit für die „Badische Zeitung“ gearbeitet hatte und jetzt einen Zeitvertrag der Landesgartenschau bis zum Jahresende hat. Seit 2015 gibt Petra Sattler als Pressesprecherin der LGS 2018 fundiert Auskunft über das Gartenschauprojekt und erlebte somit auch den Weg von den Anfängen mit den ersten Erdarbeiten bis zur Eröffnung am 12. April. Dabei gab es viele spannende Fragen der Medien zu beantworten – zum Beispiel, warum der 2,50 Meter tiefe künstlich angelegte See als Kernstück der LGS plötzlich undicht ist und Wasser verliert oder die Zitterpartie, ob eine alle Gartenschauteile verbindende Brücke rechtzeitig zum Start fertig werden würde, was letztlich geklappt hat. Die Ursache für den Wasserverlust im See muss indes nach Ende der Landesgartenschau eindringlich untersucht werden. 58 Millionen Euro hat die Stadt Lahr als Veranstalter in die Gartenschau und damit verbundene Infrastrukturprojekte investiert. Darin enthalten sind auch eine Sporthalle und eine Kindertagesstätte, die jetzt mitten in einem der drei Parkteile liegen.

Bis zum Ende der Schau am 14. Oktober 2018 werden rund 800.000 Besucher erwartet – bis zum „Bergfest“ Mitte Juli lagen die Zahlen nach Auskunft von Petra Sattler im Plan. Besonders groß ist das Interesse der Bevölkerung in und um Lahr, was sich in den über 21.000 verkauften Dauerkarten ausdrückt. Die große Verbundenheit der Lahrer mit ihrer Gartenschau zeigt auch, dass sich über 350 Ehrenamtliche engagieren und zum Beispiel dafür sorgen, dass Dauerkartenbesitzer auch noch am Abend das Gelände betreten und bis um Einbruch der Dunkelheit dort flanieren können. Besonders gut ist der Blick auf den Seepark von einer 17 Meter hohen Aussichtsplattform aus, die gestalterisch einem Krähennest nachempfunden ist.

Petra Sattler lieferte während des Bummels durch die Kleingärtenanlage die obligatorischen Zahlen: 100.000 Pflanzen und 4.000 Bäume wurden gesetzt, sie mussten während der Hitzeperiode regelmäßig gegossen werden, so dass zur Halbzeit schon die für gesamte Saison einkalkulierte Wassermenge verbraucht war. Richtig romantisch wurde es für die DJV-Gruppe nach dem offiziellen Rundgang beim Verlassen des Gartenschaugeländes: Der Mond stand leuchtend hell am Himmel und weckte Vorfreude auf die am anderen Abend anstehende totale Mondfinsternis mit der roten Verfärbung als Blutmond.

Info: Die Landesgartenschau ist bis 14. Oktober 2018 geöffnet, weitere Infos: www.lahr2018.de

Ulrich Spitzmüller

VORANKÜNDIGUNG:

Workshop Versicherungen und Altersvorsorge in Freiburg

Am Samstag, 10. November 2018, veranstaltet der Kreisverband Hochrhein zusammen mit dem Kreisverband Freiburg in Freiburg einen Workshop rundum das Thema Finanzen und Versicherungen. Dabei werden sich drei Experten in kurzen Impulsreferaten den Themen Altersvorsorge und Versicherungen widmen, sodass im Anschluss viel Zeit für Fragen der Teilnehmer bleibt.

Welche privaten Versicherungen brauche ich wirklich? Was hat es mit der Vermögensschadenshaftpflicht für Freiberufler auf sich? Worauf muss ich bei der Altersvorsorge achten? Gemeinsam ist allen Referenten, dass sie NICHT auf Provisionsbasis Produkte verkaufen, sondern einen **unabhängigen Blick auf die Branche** werfen. Die Teilnahme wird für DJV-Mitglieder voraussichtlich 10 Euro betragen, für Nicht-Mitglieder 25 Euro. Getränke und Snacks sind im Preis enthalten.

Bei Fragen können Interessierte gerne vorab Kontakt mit Geraldine Friedrich, Kreisvorsitzende Hochrhein, per Email gera.friedrich@gmail.com aufnehmen.

Geraldine Friedrich

GOODBYE AND WELCOME IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Zu Ende September ist unsere Mitarbeiterin Frau Mechthild Goessmann aufgrund Erreichung der Altersgrenze in den verdienten Ruhestand eingetreten. Wer sie und ihren jugendlichen Charme kennt, mag es kaum glauben. Fast 23 Jahre war Frau Goessmann den Mitgliedern bei Anliegen eine vertraute Stimme am Telefon oder ein bekanntes Gesicht für diejenigen, die in der Geschäftsstelle im Herdweg vorbeikamen oder Frau Goessmann bei DJV-Veranstaltungen trafen.

Tatjana Massier (links) und Anita Rogg. *Foto: DJV*

Herzlich begrüßt der DJV-Landesvorstand Frau Tatjana Massier als neue Mitarbeiterin in der Stuttgarter Geschäftsstelle. Frau Massier lebt in Stuttgart, ist ausgebildete Rechtsanwaltsgehilfin und bringt ca. 30 Jahre Berufserfahrung mit. Bereits vor ihrem offiziellen Arbeitsbeginn konnten die Delegierten des 17. Gewerkschaftstages Frau Massier vor Ort kennenlernen. Zusammen mit unserer erfahrenen und bewährten Mitarbeiterin Frau Anita Rogg, ebenfalls seit fast 17 Jahren (!) beim DJV-Landesverband tätig, sind mit dieser Neueinstellung die Weichen für eine weiterhin vertrauensvolle Mitgliederbetreuung und für eine gute Unterstützung der künftigen Geschäftsleitung gestellt. Der DJV-Landesvorstand freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit und in der Geschäftsstelle, die unter **info@djv-bw.de** oder telefonisch unter **0711 2224954-0** während der Geschäftszeiten zu erreichen ist.

Produzent Schlecky Silberstein bedroht

Private Videoaufnahmen der Dreharbeiten für das satirische funk-Format „Bohemian Browser Ballett“ wurden öffentlichkeitswirksam genutzt, um dem SWR fälschlicherweise vorzuwerfen, er habe einen politisch motivierten Videodreh in Berlin in Auftrag gegeben. In Wahrheit handelt es sich um Dreharbeiten der zuständigen Produktionsfirma für das funk-Format „Bohemian Browser Ballett“. Dieses Format greift auf satirische Weise aktuelle Themen auf. Dass es sich um entsprechende Dreharbeiten handelt, wurde vor Ort deutlich kommuniziert. Das Video mit dem Titel „Volksfest in Sachsen“ hat hasserfüllte und antisemitische Drohungen gegenüber dem Produzenten des „Bohemian Browser Ballett“, Schlecky Silberstein ausgelöst. Das fertige Satire-Video wurde zwischenzeitlich veröffentlicht: funk.net/channel/bohemian-browser-ballett/volksfest-in-sachsen

SWR Kulturmagazin mit neuer Moderatorin

Die Mainzer Kulturjournalistin Ariane Binder moderiert seit 13. September als Nachfolgerin von Denis Scheck künftig das wöchentliche SWR-Kulturmagazin „Kunscht!“

Urteilstermin für Zeitungsklage gegen Crailsheimer Blatt

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat im Rechtsstreit zwischen dem Verlag der Südwest Presse und dem Amtsblatt der Stadt Crailsheim seine Urteilsverkündung auf den 20. Dezember terminiert. Grund für die Klage des Verlags war der Berichterstattung des Blattes über Unternehmens- und Vereinsfeste. Die Südwest Presse vertritt die Meinung, dies falle in den Aufgabenbereich einer Zeitung und nicht eines Stadtblatts.

Stadtmagazin der „Stuttgarter Zeitung“

#S240711 heißt ein neues Stadtmagazin der "Stuttgarter Zeitung" und der "Stuttgarter Nachrichten", dass die Schwabenmetropole aus einen besonderen Blickwinkel zeigen will. Der kryptische Titel steht für "24 Stunden in 0711". Das Heft mit 84 Seiten erscheint erstmals am morgigen Freitag mit einer Gesamtauflage von 35.000 und liegt einer Teilauflage beider Tageszeitungen bei, zusätzlich werden 5.000 Exemplare in der Stadt ausgelegt. Geplant ist zunächst eine Ausgabe pro Jahr.

Kontextwochenzeitung muss Namen löschen

Die Kontextwochenzeitung darf nicht mehr schreiben, dass der AfD-Mitarbeiter XXX heißt und ein rechter Hetzer ist. Das hat das Mannheimer Landgericht per einstweiliger Verfügung verboten. Der Mann versichert, er sei nicht Urheber der üblen Äußerungen in den ihm zugeschriebenen Facebook-Chatprotokollen. Damit geht die Auseinandersetzung weiter: Kontextwochenzeitung stellte noch im Gerichtssaal Strafanzeige wegen falscher Versicherung an Eides statt.

Artikelscore bei Schwäbische.de

Neben journalistischem Einschätzungsvermögen und simplen Ziffern wie Gesamt-Klicks hilft nach eigenen Angaben der Schwäbische.de seit einem knappen Jahr der Artikelscore bei der Bewertung eines Inhalts. Punkte sammeln Texte auf Schwäbische.de in fünf Teildisziplinen, in denen nicht nur die Anzahl der Klicks, sondern auch die Treue der Besucher, die Verweildauer, die Herkunft der Klicks und das dann weitere Verhalten der User.

Sendelizenz für Baden TV bis 2029

Die Mitglieder des Medienrates der Landesanstalt für Kommunikation (LFK) haben in ihrer Sitzung entschieden, dem bisherigen Veranstalter Baden TV bis 2029 eine erneute Zuweisung für das Kabelnetz in der Region Mittlerer Oberrhein zu erteilen. Auch der LFK-Vorstand hatte dafür votiert. Grundlage der Entscheidung ist das geplante Sendekonzept und der Beitrag zur Vielfalt in der Region für die nächste Zuweisungsperiode. Baden TV war der einzige Bewerber für die Kapazität im digitalen Kabel. Das Verbreitungsgebiet umfasst mit den Stadt- und Landkreisen Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Pforzheim und dem Enzkreis etwa 320.000 Kabelhaushalte. Das Programm von Baden TV ist im Kabel zu sehen, über Livestream im Internet, per App fürs Smartphone oder z.B. über Amazon-Fire-Stick.

Landtag startet Aktivitäten auf Facebook

Der Landtag von Baden-Württemberg ist seit Mitte September 2018 auf Facebook aktiv. Den Startschuss für die Social-Media-Aktivitäten des Landesparlaments gab das Team der Landtagspressestelle im Beisein von Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) im Haus des Landtags. „Ich freue mich auf diesen Kommunikationskanal. Damit ist auch der Landtag dabei, wenn auch mit Verspätung“, so die Landtagspräsidentin zu der Entscheidung, Soziale Medien zu nutzen. Für sie sei der Facebook-Auftritt wichtig und richtig, weil er Brücken bauen könne.

Was erscheint auf Wikipedia?

Ein Selbstversuch der Redaktion des Hohenloher „Gschwätz“ zeigt Kriterien auf. Der von der Redaktion selbst erstellt Artikel über das lokale Monatsmagazin „Gschwätz“ (siehe Blickpunkt 1-2018) wurde schnell wieder aus wikipedia entfernt. Die Gschwätz-Redakteurin Nadja Fischer erstellt den Beitrag über das seit November 2016 erscheinende Monatsmagazin und wird schnell enttäuscht, denn der in der Nähe von Lüneburg ansässige Admin hat den Eintrag gelöscht. Auf Nachfrage erklärt er: Das Magazin erfüllt die von Wikipedia festgelegten Bedingungen für eine Zeitung und Zeitschrift nicht. Das Magazin fällt durchs Raster: „Es ist weder eine überregionales Druckmedium, noch ist es eine Lokalausgabe einer Tageszeitung.“, so der Wikipedia-Admin.

MOTION & EMOTION

Bühnenfotografie aus sechs Jahrzehnten

Noch bis 20. Oktober zeigt die Galerie Andreas Henn die der Fotografin Gundel Kilian gewidmete Ausstellung Motion & Emotion – Bühnenfotographie aus sechs Jahrzehnten. Anlass ist der 90. Geburtstag der Künstlerin.

Kilian hatte Ballett am Württembergischen Staatstheater Stuttgart studiert und von 1948 – 1953 ein Engagement beim Stuttgarter Ballett. 1953 heiratete sie den Fotografen Hannes Kilian und begann eine fotografische Ausbildung. Seit 1954 arbeitet sie als freie Theater- und Ballettfotografin und Bildjournalistin.

Seit über 60 Jahren begleitet Gundel Kilian mit ihrer Kamera das Stuttgarter Ballett, die Staatsoper und das Schauspielhaus. Auch die Persönlichkeiten, die Gundel Kilian mit der Kamera festhielt dokumentieren die Geschichte der Stuttgarter Bühnenkunst und begeistern Theaterliebhaber. Seit 1989 ist die Fotografin Mitglied des DJV.

Noan Alves, Alessandro Giaquinto, Alexander McGowan, Matteo Miccini, Timo Afshar (von links) Probe zu "Jeux de Cartes", Choreografie: John Cranko, Stuttgarter Ballett 2017. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Daco-Verlags

Friedemann Vogel, Stuttgarter Ballett 2008 Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Daco-Verlags

Der gerade im Daco-Verlag erschienene Bildband: Gundel Kilian, Motion & Emotion – Bühnenfotographie aus sechs Jahrzehnten mit 200 Abbildungen, zeigt eine Auswahl ihrer besten Aufnahmen von Oper, Schauspiel und Ballett und ist in der Ausstellung erhältlich.

Format: 24,3 x 30,2 cm, gebunden
128 Seiten, 160 s/w-Fotografien,
35 Farbfotografien
ISBN 978-387135-062-7

Der Bildband wurde gestaltet von Lukas Geißler / Ph. Reinheimer GmbH. Vorworte von Marcia Haydée, Reid Anderson und Tamas Detrich 38,00 €

Susann Mathis

JOURNALISTEN-AKADEMIE Seminare Okt.-Dez. 2018

OKTOBER

09.-10.10.2018
Schreiben fürs Web – Das Praxistraining.
Online-Journalismus für trimediale Angebote: Print/Ton/Bild

20.10.2018
Start in die Selbstständigkeit
Freiberufler im Journalismus
Tipps und Trends zur erfolgreichen Existenzgründung

22.-26.10.2018
Kommunikation – 14. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 1)
Seminar in drei Wochen mit Workshops

07.-08.11.2018
Social Media Blogs, Twitter, Snapchat, Facebook & Co.

19.-23.11.2018
Kommunikation - 14. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 2)
Seminar in drei Wochen mit Workshops

27.11.2018
Der mobile Leser: Workshop Smartphone, Tablet & Co. Redaktionelle Inhalte für mobile Geräte

28.11.2018
Das eigene Buch als E-Book publizieren
Vom Manuskript zum elektronischen Buch

NOVEMBER

05.-06.11.2018
Moderation von Veranstaltungen
Überzeugen vor Publikum mit Informationen und Auftreten

DEZEMBER

10.-14.12.2018
Kommunikation – 14. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 3)
Seminar in drei Wochen mit Workshops

Schreiben fürs Web – Das Praxistraining

Online-Journalismus wird ganz wesentlich durch die Struktur des Hyperlinks geprägt. Das setzt nicht nur portioniertes Schreiben voraus, sondern insgesamt eine vernetzte Textstruktur, die auf Audio- und Videoangebote zugeschnitten sein muss. Um trimediale Arbeitsweisen und ihre Umsetzung kommt deshalb niemand mehr herum. Sie werden in diesem Training vorgestellt und an Beispielfällen eingeübt. Die Themen sind u.a. journalistische Stilformen für das Web, Schreiben für trimediale Angebote im Internet, Textsorten und ihre multimediale Positionierung, Nachrichten, Berichte, Netzreportagen und Texte für das Web-Cast.

Termin/Ort: 09. und 10. Oktober 2018 in Stuttgart
Seminargebühr: 380 Euro für DJV- Mitglieder, 420 Euro für Nichtmitglieder

Start in die Selbstständigkeit Freiberufler im Journalismus

Themen, Tipps und Trends zur erfolgreichen Selbstständigkeit

Die Themen sind u. a. Konzept zur Existenzgründung, Finanzen - Einkommen, Steuern, Versicherungen, Vermarktung – Profil, Marketing, Geschäftsideen.
Termin/Ort: 20. Oktober 2018 in Stuttgart
Seminargebühr: 190 Euro für DJV- Mitglieder, 210 Euro für Nichtmitglieder

Kommunikation: 14. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen

Dieses dreiwöchige Seminar wendet sich an Volontäre in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die das Pflichtprogramm von Pressemeldung bis Pressekonferenz beherrschen möchten und für die Kür der Pressearbeit - Kompetenz im Interview und vor der Kamera- ebenfalls fit sein müssen.

In praktischen Übungen wird die rhetorische Kommunikation als Schlüsselqualifikation für die Gesprächsfähigkeit trainiert, die Teilnehmer erproben den Alltag eines Presse-sprechers, wobei auch kritische Situationen gemeistert und rechtliche Tücken behandelt werden. In einer Schreibwerkstatt erhalten die Seminarteilnehmer das tägliche stilistische Handwerkzeug sowohl für Print- als auch für Online-Medien. Die Themen interne Kommunikation, Heft- und Themenplanung einer Mitarbeiterzeitschrift, der Umgang mit Journalisten, die Zusammenarbeit mit Agenturen, Fotografieren, Soziale Netzwerke und neue Medienfor-

men im Internet für crossmediales Arbeiten, ergänzen das Angebot. Die Kursdauer beträgt drei Wochen.

Um insbesondere Teilnehmern aus kleineren Pressestellen die Teilnahme zu erleichtern, ist das Seminar in drei Programmblöcke von jeweils einer Woche gegliedert, die sich über einen Zeitraum von drei Monaten erstrecken.

Termin/Ort: in Stuttgart
1. Woche: 22. bis 26. Oktober 2018
2. Woche: 19. bis 23. November 2018
3. Woche: 10. bis 14. Dezember 2018

Seminargebühr: 2.650 Euro für DJV-Mitglieder, 2.950 Euro für Nichtmitglieder

Moderation von Veranstaltungen Überzeugen vor Publikum mit Informationen und Auftreten

Eine Moderation vor Publikum hat ihre eigenen Spielregeln und kann ganz schön aufregend sein! Kleinigkeiten haben oft eine große Wirkung. Über den Erfolg beim Auftreten eines Menschen entscheiden zu 55% die Ausstrahlung, zu 38% die Modulation der Stimme und nur zu 7% die Information. In diesem Seminar dürfen Sie sich ausprobieren, üben und „Fehler" machen bis das Publikum überzeugt ist und Sie sich wohlfühlen. Seminarziel: Durch effektive Übungen und professionelle Rückmeldungen locker und souverän vor Publikum präsentieren.

Termin/Ort: 05. und 06. November 2018 in Stuttgart
Seminargebühr: 380 Euro für DJV- Mitglieder, 420 Euro für Nichtmitglieder

Der mobile Leser: Workshop Smartphone, Tablet & Co. Redaktionelle Inhalte für mobile Geräte

Mehr als 30 Prozent der Menschen informieren sich im Internet über das aktuelle Geschehen. Dabei wird vor allem die mobile Nutzung immer wichtiger. Viele Redaktionen stellen deshalb inzwischen ihre Inhalte auch optimiert für Tablet-PCs und Smartphones bereit. Wie unterscheidet sich die Arbeit für iPad & Co. von der Produktion für herkömmliche Formate? Der Workshop bietet eine theoretische Einführung mit Blick auf den mobilen Medienmarkt und Raum für kreatives Ausprobieren.

Termin/Ort: 27. November 2018
Seminargebühr: 190 Euro für DJV- Mitglieder, 210 Euro für Nichtmitglieder

Das eigene E-Book publizieren Vom Manuskript zum elektronischen Buch

Viele Menschen träumen vom eigenen Buch. E-Books sind die perfekte Möglichkeit das Werk zu veröffentlichen – unabhängig von Verlagen. Vorbei die Zeiten der Druckkostenzuschüsse und Mindestabnahmemengen. Doch wie wird aus einem Manuskript ein E-Book? Das Seminar gibt Einblick in verschiedene Varianten der Produktion eines E-Books und zeigt die Vor- und Nachteile einzelner Anbieter. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um einen fiktionalen oder nonfiktionalen Text handelt. Fertige Manuskripte können gerne in elektronischer Form mitgebracht werden.

Termin/Ort: 28. November 2018 in Stuttgart
Seminargebühr: 190 Euro für DJV-Mitglieder, 210 Euro für Nichtmitglieder

Journalisten-Akademie e.V.
Bildungsverein des Deutschen Journalisten-Verbandes Baden-Württemberg e.V.
Herdweg 63 · 70174 Stuttgart
Leitung: Michael Tschugg
Tel. 0711-222 49 54-60 · Fax 0711-222 49 54-44
E-Mail: akademie@djv-bw.de · www.djv-bw.de

Alle Seminare und Inhalte auch unter:
www.djv-bawue.de/fortbildung

Wir gratulieren

In den 90ern
Franz Krämer 11.10. (93 Jahre)

90 Jahre
Walter Haseloff 03.10.

In den 80ern
Klaus-Jürgen Gaiser 09.10. (81 Jahre)
Rosemarie Gerbeth 16.12. (89 Jahre)
Rolf Lamprecht 12.10. (88 Jahre)
Carl-Joachim Liesenberg 29.11. (83 Jahre)
Annerose Lohberg-Goelz 21.10. (88 Jahre)
Heinz Mörsberger 13.11. (88 Jahre)
Albrecht Götz von Olenhusen 08.11. (83 Jahre)
Wolfgang Rainer 07.10. (88 Jahre)
Gerrit-Richard Ranft 30.11. (81 Jahre)
Elmar Scheffold 08.12. (85 Jahre)
Felix Schmid 15.12. (83 Jahre)
Heinz Skrzipietz 26.10. (85 Jahre)
Cornelius Stäbler 16.10. (86 Jahre)
Theo Stemmler 03.10. (82 Jahre)
Heinz L. Steuber 24.11. (88 Jahre)
Oswald Toppel 05.10. (88 Jahre)
Clemente Torras Monclús 24.11. (81 Jahre)
Gerhard Widmann 15.12. (81 Jahre)

80 Jahre
Gerd Dörr 14.11.

75 Jahre
Frank Ulrich Breitsprecher 09.11.
Günter Buhles 23.12.
Manfred H. Dehn 11.10.
Hartmut Frey 05.10.
Peter Meister 30.10.
Johann Negenborn 19.12.
Bernd Neuner-Duttenhofer 29.11.
Susanne Offenbach 26.11.
Clarissa von Platen 16.11.
Michael Rudolf Schade 30.11.
Eberhardt Stelzmann 07.12.
Monika Zeller 24.10.

70 Jahre
Wilfried E. Becker 16.11.
Christamarie Hehmann 28.12.
Helmut Jacobi 10.11.
Michael Kern 27.10.
Dietmar Krieger 29.12.
Ulrike Ruf 23.11.
Thomas R. Schall 03.12.
Helmut Bernhard Scherer 15.11.
Peter Zwey 20.10.

65 Jahre
Brigitte Bertram 08.11.
Hans-Jürgen Bucher 05.12.
Detlev Hagemann 19.10.
Ernst-Wilhelm Hebeker 18.11.
Frank Paul Kistner 02.10.
Karsten Kurowski 21.11.
Klaus Nientiedt 24.12.
Roland Rasemann 13.12.
Uwe Vorkötter 07.12.

60 Jahre
Christof Baumann 15.11.
Thomas Bormann 29.11.
Harald Bürk 06.11.
Petra Götz 14.12.
Andrea Hauseux 17.10.
Günter Heims 11.12.
Arthur Landwehr 07.10.
Barbara Lehner 30.12.
Roland Neudeck 28.11.
Rochus Rademacher 19.10.
Michael Schenk 19.10.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Deutscher Journalisten-Verband,
Landesverband Baden-Württemberg e.V. (DJV),
Gewerkschaft der Journalistinnen
und Journalisten (Landesvorstand)
V.i.S.d.P.: Dagmar Lange

REDAKTION:
Dagmar Lange,
Dr. Susann Mathis, Rudi Doster

AUTOR*INNEN:
Petra Bail, Achim Beckedorf,
Stephanie Dittebrandt, Geraldine Friedrich,
Cevheri Güven, Milva-Katharina Klöppel,
Dagmar Lange, Susann Mathis, Peter Schwab,
Ulrike Rapp-Hirrlinger, Julia Schweizer,
Ulrich Spitzmüller, Michael Tschugg

Titelbild: fotolia

GRAFIK / HERSTELLUNG:
Rudi Doster · rdesign56 Stuttgart

NÄCHSTE AUSGABE: 4/2018
Redaktionsschluss: 30. November 2018

DJV-Landesgeschäftsstelle:
Hausanschrift:
Herdweg 63, 70174 Stuttgart

Postanschrift:
Postfach 15 01 24, 70075 Stuttgart
Telefon: 0711-222 49 54-0
Fax: 0711-222 49 54-44
Internet: www.djv-bw.de
e-Mail: info@djv-bw.de

Änderung der Zustelladresse bitte
direkt an die Geschäftsstelle
des DJV-Landesverbandes
Baden-Württemberg.
Der Bezugspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der DJV-Blickpunkt erscheint vierteljährlich.
Einzelpreis: € 3,–
Abo-Preis jährlich: € 10,–
Auflage: 4.500

ANZEIGENVERWALTUNG:
Rudi Doster
rdesign56
Tel. 0711-51875648
rdesign56@gmx.de